

Volkswacht

für Schlessien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Marktstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrich-Wilhelm-Str. 105, Marktstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägertlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägertlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einjährl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagssort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 212 32, Redaktion 212 38
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen außer Tag 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-Berichtungen und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Kongress der englischen Arbeiterpartei

Eine Frau Präsidentin des Kongresses — Die Aufhebung des Antigewerkschaftsgesetzes angefündigt

Llandudno, 6. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)
Mit Jubel empfangen eröffnete am Montag Arthur Henderson, der Außenminister der Labour-Regierung in der Walliser Küstenstadt Llandudno den 30. Kongress der britischen Arbeiterpartei.
Hendersons erstes Wort galt den jüngsten Katastrophen und Opfern der Arbeit und Pflichterfüllung. Die Leichen von 14 bei dem letzten Grubenunglück getöteten Bergleute harrten noch der Bestattung, 46 Tote hat die fürchterliche Katastrophe des englischen Luftschiffes gefordert. Tiefbewegt spricht Henderson den Hinterbliebenen das Beileid des Parteitag aus. Besonders schmerzhaft empfindet die Arbeiterpartei den Tod von Lord Thomson, der, wie Henderson aus persönlichen Erfahrungen betont, ein treuer, aufrichtiger und ergebener Freund der Arbeiterbewegung war. Ergreifen erheben sich die Delegierten von ihren Sitzen. Auf Vorschlag Hendersons wird dann Susanne Lawrence zur Vorschlagenden des Kongresses gewählt. Zum ersten Male in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung präsidiert eine Frau den britischen Arbeiter-Parteitag. Minutenlang braust der Beifall, als Susanne Lawrence das Amt übernimmt und als eine Arbeiterin ihr den Gruß der Walliser Frauen in Gestalt eines Straußes roter Rosen überreicht.
Es folgte die Einleitungsrede der Präsidentin: „Nur hat die heutige Arbeiterregierung nicht den geringsten Einfluss auf die durch das kapitalistische System erzeugte Tragödie. Diese spielt ohne Ausnahme in allen Ländern der Welt, weder das ausgefüllteste Sozialsystem noch der Freihandel konnten sie dagegen hindern. Diese weitestgehende Katastrophe der Massenarbeitslosigkeit ist der Sondertribut, den heute die Arbeiterklasse aller Nationen dem kapitalistischen System zahlen muß. Wir stehen entschloßen, mächtigen und klugen Feinden gegenüber, die jede unserer Handlungen verfolgen und deren politische Zukunft davon abhängt, ob es ihnen gelingen wird, das Volk von der Unfähigkeit, der Schwäche und der Unmündigkeit der Arbeiterpartei zu überzeugen. Es ist die Entscheidungsschlacht der englischen Arbeiterbewegung, die nicht von außen, sondern nur von uns selbst zerstört werden kann. Wir verstehen die Ungeduld der Massen, wir kennen die Not und das Elend. Würden wir je dieses Gefühl verlieren, würden wir je selbsterfüllend und zufrieden sein über unser Werk, das Salz der Erde würde seinen Geschmack verlieren und die Arbeiterbewegung ihren Sinn. Mögen wir aber sein wie wir wollen, eins ist gewiß, zwischen der Reaktion und dem Fortschritt ist Recht allein die englische Labour-Party

und selbst die geringste Verminderung unserer Kraft wäre ein Verbrechen gegen die Menschheit. Wir sind keine Kinder, die alles leicht und auf einmal verlangen. Die Geschichte macht uns verantwortlich. Die Arbeiterbewegung ist nicht mehr ein hilfloser Zuschauer gegenüber dem an den Menschen begangenen sozialen und politischen Unrecht. Unsere Augen sind nicht mehr starr auf die Höhe der Berge gerichtet. Wir marschieren bereits und haben auf den Weg zu achten. Das ist es, was die Stunde von uns verlangt.“
Anschließend begann die Debatte über den Geschäftsbericht. Nüchtern und klar wurden die Fragen und Antworten erörtert und aus allen Werten sprach die Sicherheit und die Kraft der Labour Party. Trotz aller Verleumdungen konnte sie ihre Mitgliederzahl auf 2.100.000 Männer und Frauen erhöhen. Es ist kaum ein Gebiet im sozialen und politischen Leben, das nicht vom Beifall des Vorstandes berührt wird. Die Kritik und die Anträge der Delegierten der unabhängigen Arbeiterpartei finden sehr schwachen Widerhall. Gutgeheißen wird unter anderem der Beschluß der Exekutive, der alle sogenannten überparteilichen in Wirklichkeit aber kommunistischen Vereine und Bünde von der Labour Party fernhält. Dazu gehören unter anderen die Liga gegen den Imperialismus, die englische I.W. der Bund der Freunde Russlands und alle ähnlichen auch in Deutschland bekannten kommunistischen Organisationen.
Bei dem Kapitel „Internationale“ richtet die Abgeordnete Ellen Wilkinson die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die große faschistische Gefahr in Österreich. Sunton, Cramp und andere Delegierte schlossen sich an und verwiesen auf die faschistische Gefahr auch in Deutschland und ganz Mitteleuropa. Einmütig nimmt der Kongress eine Entschließung an, die die Labour-Regierung auffordert, wachsam die Vorgänge in Mitteleuropa zu verfolgen und gegebenenfalls dort zu tun, was für die kühne Demokratie getan werden kann.
Unter tiefer Stille des Saales verlangt dann Bevin von der Labour-Regierung die Aufhebung des von der Regierung Baldwin erlassenen Antigewerkschaftsgesetzes und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Rechte. Einmütig nimmt der Parteitag diese Forderung auf und Henderson erklärt anschließend zur großen Genugung der Delegierten, bereits die nächste Thronrede werde dem Verlangen der Gewerkschaften nachkommen. Die Regierung werde dem Unterhaus ein entsprechendes Gesetz zugehen lassen, dessen zweite Lesung noch vor Weihnachten beendet sein soll. Das war ein guter Ausklang für den ersten Tag des Kongresses.

Chaos der Konterrevolution

Von Tony Sender, M. d. R.

Die demokratische Republik ist in ihrer höchsten Gefahrenstunde. Selbst in Kreisen des Klassenbewußten Proletariats hört man zuweilen der Meinung Ausdruck geben, daß man Demokratie und Republik nicht überschätzen solle und daß der Klassenkampf wichtiger sei als die Erhaltung des Staates. Es ist ja im menschlichen Leben nicht selten, daß man den Wert einer Sache erst dann richtig einzuschätzen beginnt, wenn man sie verloren hat. Aber es sollte genügen, daß man im privaten Leben kein Lehrgeld für diese Erfahrung entrichtet hat, um unmittelbar auf das Gemeinwohl zu übertragen. Es wird darum höchste Zeit, daß man sich erinnert:
Die deutsche Republik, die Demokratie wurde geschaffen durch die proletarische Novemberrevolution und entsprach in keiner Weise etwa dem Wunsch einer Bourgeoisie, sondern wurde errichtet aus der Erkenntnis des Proletariats, daß es dieses Kampfesbodens zur Emanzipation seiner Klasse und zur Vorbereitung der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft nicht entzogen könne. Man hat den Boden benutzt, um in Zeiten, da die soziale Kraft der Arbeiterklasse dazu ausreichte, planmäßig an den sozialen Ausbau des neuen Staates heranzugehen. Dabei gab es gewiß auch Rückschläge, Zeiten vorübergehender Schwäche des Proletariats, aber der Gegner stets auszunutzen versuchte. Nochte man sich auch in ruhigeren Zeiten über den Wert der demokratischen Volksrechte gestritten haben: In jedem Augenblick, da die Reaktion in einem Putzversuch sich anmaßt, den neuen Staat zu stürzen, stand das gesamte Proletariat ungeachtet seiner politischen Richtungen in geschlossener Front auf, um für die Republik einzustehen und zu kämpfen. Praktisch hat somit der gesunde Instinkt der Arbeiterklasse längst eine politische Antwort auf die Frage nach dem Wert der Demokratie als Mittel der Volksherrschaft erteilt.
Nun aber hat das Mittel der Demokratie, die Volksbefragung in der Reichstagswahl ein Ergebnis gezeitigt, das zunächst Ueberrassung und Bestürzung und schließlich Kopflosigkeit zur Folge hatte. Der Sieg der Extreme scheint die Staatskrise unvermeidlich gemacht zu haben. Gibt es überhaupt noch einen Ausweg aus diesem Chaos?
Um diese Frage beantworten zu können, muß man sich die soziologischen Ursachen dieser Entwicklung vollkommen klar machen. Denn sie beginnt nicht erst mit dem 14. September. Ihre Zuspitzung erfuhr sie bereits in dem Augenblick, als man die Sozialdemokratie wegen ihrer Stellungnahme zugunsten der Erwerbslosenhilfe aus der Regierung herausbrachte. Man verneinte das Ziel in der Politik der Konterrevolution, deren Tendenzen im wesentlichen übereinstimmte mit dem Kurs der Sozialreaktion, der sich immer deutlicher abzeichnen begann.
Die Erklärung? Nur mit Widerwillen erträgt die Bourgeoisie in der demokratischen Republik den sozialen Ausbau des Staates und den darin gegebenen Zwang, ein Stück Macht im Staate an die klassenbewußte Arbeiterklasse abtreten zu müssen. Ihr Unbehagen vermerkt sie durch die Erkenntnis, daß bei ungehinderter Funktionieren der Demokratie die kapitalistische Herrschaft mehr und mehr bedroht wird. Für sie kam es daher darauf an, die durch die Konterrevolution geschaffenen Zustände zurückzubringen, wenn möglich ganz zu beseitigen. Die einsehende heftige Wirtschaftskrise schien eine günstige Gelegenheit, entweder den für den Kapitalismus einigig gefährlichen Faktor, die Sozialdemokratie demütigen und kompromittieren oder aber die Arbeitervertreterung aus der Macht zu verdrängen, um dann unbehindert die gegen das Proletariat gerichteten Maßnahmen durchzuführen zu können! In dieser Angst vor dem Proletariat und dem Willen zur Reaktion haben die alten Parteien des Bürgeriums jede klare Orientierung verloren, wurden sie auch innerlich zerfressen von den Zweifeln an die eigene Kraft, von Zweifeln an die eigene Sendung. Aus dieser Dekadenz der Bourgeoisie wird auch der Erfolg der Nazis, jener Partei der Bauernfänger, des sozialistisch verbrämten Willens zu Reaktion und Erhaltung der kapitalistischen Ordnung erklärlich.
Weil aber die Bourgeoisie und ihr rechts gerichteter Flügel weiß, daß die Nationalsozialisten eine bürgerlich-reaktionäre Partei sind, ist ihre Neigung zum Haltieren mit diesen im Erstarken. Die politische Angst vor dem klassenbewußten Proletariat ist stärker als die Furcht vor den verhängnisvollen wirtschaftlichen Rückschlägen, die eine Konterrevolution heraufbeschwären würde. Volkspartei und Wirtschaftspartei haben bereits Bündnisangebote an den Faschismus gemacht — der Wille zur Konterrevolution ist stärker als alle wirtschaftliche Vernunft. Wenn auch die Parteien der Konterrevolution

Sozialdemokratischer Wahlerfolg in Finnland

Helsingfors, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
Die bis Montag vorliegenden Teilergebnisse der finnischen Reichstagswahlen zeigen, daß die Sozialdemokratische Partei mindestens mit einem Zuwachs von 10 bis 12 Mandaten rechnen kann. Fast zwei Drittel der früheren kommunistischen Stimmen sind der Sozialdemokratie zugefallen. Bemerkenswert ist vor allem das Schlussergebnis von Helsingfors. Bei den letzten Reichstagswahlen zählte die Sozialdemokratie in Helsingfors 12.551, jetzt 20.317 Stimmen.
Das endgültige Ergebnis ist erst Anfang nächster Woche zu erwarten.

3. Solange ein Katholik eingeschriebenes Mitglied der Hitler-Partei ist, kann er nicht zu den Sakramenten zugelassen werden.
Ein eingeschriebenes Mitglied einer Partei macht sich nach der Erklärung des Generalvikariats in Mainz selbstverständlich alle Programmpunkte dieser Partei zu eigen. Das Programm der Partei Hitlers enthalte Leitsätze, die mit den Grundsätzen und den Lehren der katholischen Kirche unvereinbar seien.

Regierungskrise in Rumänien

Kütritt der Regierung Maniu
Bukarest, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
Die Regierung Maniu ist am Montag zurückgetreten. Die Ursache des Rücktritts ist in Meinungsverschiedenheiten zwischen König Carol und Maniu zu suchen, nicht zuletzt aber auch in den Schwierigkeiten, die Maniu bei den noch schwebenden Anheilverhandlungen seiner Regierung mit ausländischen Geldgebern entgegenzusetzen.
Maniu hat dem König als seinen Nachfolger den bisherigen Ackerbauminister Michalaha vorgeschlagen. Michalaha hat vor Jahren die Nationalsozialistische Partei geführt und war neben Maniu die markanteste Persönlichkeit des zurückgetretenen Kabinetts. Aber Voraussetzungen nach wird der König dem Vorschlag Manius und nicht den Erwartungen der faschistischen Gruppen auf Bildung einer Diktatur- oder Konzentrationsregierung entsprechen. Offiziell ist der König Carol befreit, eine Auflösung des Parlaments so lange als möglich zu vermeiden.
Der König empfing am Montag nach dem Rücktritt der Regierung Maniu zunächst den General Michail Jonescu. Die Unterredung dauerte mehrere Stunden, ohne daß sich der König über die Nachfolge von Maniu bereits am Montagabend entschieden hatte.
Der Rücktritt der Regierung Maniu wurde in Bukarest durch Gerüchtfäher bekanntgegeben und löste eine ungeheure Sensation aus. Viele Zeitungen greifen die Regierung wegen ihrer Demission an.

Hitlee und der Katholizismus

Katholiken die Mitgliedschaft bei den Nazis verboten.
Mainz, 6. Oktober. (Eig. Drahtb.)
Das bischöfliche Generalvikariat in Mainz hat bekannt, daß der Bischof von Mainz, Dr. Hugo, an die Geistlichen seiner Diözese folgende Anweisungen erteilt hat:
1. Jedem Katholiken ist es verboten, eingeschriebenes Mitglied der Hitler-Partei zu sein.
2. Mitgliedern der Hitler-Partei ist es nicht gestattet, korporativ an katholischen Beerdigungen oder sonstigen öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen.

allein keine Mehrheit im Reichstag haben, so können sie unter Umständen dennoch die Macht an sich reißen dadurch, daß die Forderung der Kommunisten — die sich an der Demokratie desinteressieren — diese ihnen ermöglicht.

Es gilt diesen Augen die Tendenzen der Entwicklung zu erkennen. Wenn die Arbeiterklasse ihre ganze Macht in der Vergangenheit einsetzte, um durch Abwendung aller offenen Pulverfässer von demokratischen Kampfesboden zu erhalten, so wird erst recht heute die Arbeiterklasse alles daran setzen müssen, um auch vor illegalem Konterrevolution entgegenzutreten. Denn der Faschismus, einmal in der Macht, würde nach Eroberung der Machtpositionen im Reich und in Preußen es kaum sehr eilig haben, das deutsche Volk noch einmal darüber zu befragen, wie es über die Grände seiner Vertretbarkeit in den nationalsozialistischen Systemen denkt. Es dürfte darum keine ernste Meinungsverschiedenheit darüber abzuwarten, daß das für die Partei Mögliche zu geschehen hat, um die Machtergreifung durch den Faschismus zu verhindern.

Dabei darf aber ein kardinaler Punkt seinen Augenblick verpassen werden: Nur eine starke deutsche Sozialdemokratie kann auf die Dauer die Gewähr für die Erhaltung der Demokratie bieten. Eine Ohnmacht des deutschen Sozialismus erst wäre die Voraussetzung des Triumphes der Konterrevolution. Darum hängt eine parlamentarische Stützung der Sozialdemokratie für eine legale Regierung nur dann in Frage kommen, wenn ein stabiler Kernwechsel durchzuführen ist, der uns das Vertrauen der Massen in verstärktem Maße sichert.

Das jetzt veröffentlichte Programm der Regierung Brünning dagegen ist nicht nur einseitig auf Leistung von Opfern durch die Kerne eingestellt, sondern auch völlig ungeeignet, um die zwingendste Aufgabe — die Befämpfung der Wirtschaftskrise — in Angriff zu nehmen. Niemandes können wir nur um Faschismuseinfluß hintanzulassen, sozialreaktionäre Maßnahmen dulden. Denn wir würden damit niemandem anders einen Gefallen tun als — den Faschisten selbst! Denn sie wären die Nutznießer einer solchen Haltung in der nächsten Wahl.

Dazu aber darf es nicht kommen und braucht es nicht zu kommen! So klar wie den Graf der gegenwärtigen Situation zu erkennen haben, so hat uns trotzdem die Begeisterung der Genossen im Wahlkampf und auch das Wahlergebnis selbst bewiesen, daß die große Masse des Proletariats voll Vertrauen und Kampfesfreude zur sozialistischen Sache steht. Das gibt uns die Überzeugung, daß diese Massen auch dem Warten der Konterrevolution gegenüber nicht passiv bleiben werden. Darum kann es angesichts der ungeheuren Gefahr der Stunde nichts Kostbareres geben, als die Erhaltung dieser freien Solidarität, dieses tiefen Vertrauens, das dann trotz aller Unterdrückungsversuche aufschwelen kann zu der starken, unüberwindlichen Kraft, die dem ganzen Volk ein glückliches Ende machen würde, als die Revolution mit den Mächten der Vergangenheit!

A Kr. Wer diesen Artikel Toni Senders aufmerksam liest, wird sofort spüren, daß er einen nicht uninteressanten Widerstand enthält, der nicht ungeleert wird. Eben dieses Widerstandes wegen brauchen wir den Artikel ab. Denn die Tatsache dieses Widerstandes spiegelt besonders klar die besondere Schwierigkeit der gegenwärtigen politischen Lage wieder. Sie besteht hier zusammengefaßt darin, daß in der Gegenwart zwei voneinander widersprechende Interessen auf dem Spiele stehen und Berücksichtigung heißen, daß aber die einseitige Berücksichtigung des einen der notwendigen Berücksichtigung des anderen widerspricht. Auch wir sind der Meinung, daß es auf jeden Fall vermieden werden muß, daß die Politik der Partei aus den Jahren 1928 bis Anfang 1930 wiederholt, daß wir wieder untragbare Dinge mitmachen und unsere Belangen des Proletariats haben. Wir sind aber auch der Meinung, daß wir alles tun müssen, um die Machtergreifung des Faschismus zu verhindern und die Demokratie zu verteidigen und daß dazu gehört, zum mindesten zu verhindern, daß die Nazis die preussische Verwaltung in die Hand bekommen. Denn die Herrschaft der außerparlamentarischen Minderheiten, wie z. B. des Generalrats gegen einen Staatsstreich, ist in einer Zeit, in

der 3 Millionen Arbeitslose vorhanden sind, unter denen sich sicher viele befinden, die bereit sind, auf jeden Fall jede sich bietende Gelegenheit, in Arbeit zu kommen, außerordentlich gering. Toni Sender gibt keinen Weg an, der aus dieser Zwangslage, die unsere gegenwärtige politische Situation kennzeichnet, herausführt. Auch andere Vertreter der Partei haben bisher keinen Ausweg aus dieser Lage angeben können. Denn der Vorschlag, um die Faschisten an der Machtergreifung zu hindern und die Demokratie zu retten, die Regierung Brünning auf jeden Fall zu dulden, oder sich auf jeden Fall an ihr zu beteiligen, und wenn es unausweichlich ist, die dazu notwendigen Opfer auf finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete zu bringen, gibt auch keine Lösung. Denn es ist zweifellos, daß eine solche Politik die Partei und damit die ganze Klassenbewußte Arbeiterbewegung aufs schwerste erschüttern und auf lange Zeit stark zurückwerfen würde. Und

Stahlhelmlente fliehen in — die Synagoge

Die Juden gewähren den Antifaschisten großmütig Schutz

In Frankfurt flüchteten am Montag Abend Stahlhelmlente, die von Kommunisten verfolgt wurden, in die Synagoge und baten die Juden, die zum Gottesdienst versammelt waren, um Schutz, der ihnen auch gewährt wurde.

Eine Gruppe von 40 Stahlhelmlenten aus Schleswig-Holstein, die in eine Arbeiterkammer eintraten, wurde, als sie das Lokal verließ, von etwa 100 Kommunisten verfolgt. Es kam zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf zwei Stahlhelmler verletzt wurden. Ein Teil der Stahlhelmler flüchtete in die Synagoge. Es entstand dort zunächst große Unruhe. Als man aber den Sachverhalt hörte, wurden die Stahlhelmler von dem Pförtner in einen Seitenraum geführt und dort verhaftet. Schließlich eilte das Ueberfallkommando mit zwei Autos herbei und befreite die Stahlhelmler. Ein Kommunist wurde verhaftet.

Brünnings Besprechungen

Amlich wird mitgeteilt: Im Anschluß an die bisherigen politischen Besprechungen empfing Reichsstaatsrat Dr. Brünning am Montag die Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei, Abg. Dr. Oberjochen und Dr. Winterfeldt. Eine Besprechung mit dem Fraktionsführer der Nationalen Volkspartei, Abg. Leichter, ist für Dienstag angesetzt. Im Anschluß hieran wird Reichsstaatsrat Dr. Brünning dem Herrn Reichspräsidenten vermutlich am kommenden Mittwoch abschließenden Vortrag über das Ergebnis seiner politischen Besprechungen erstatten.

Die Behauptung eines Berliner Abendblattes vom Montag, daß die am Sonntag geführten Besprechungen des Reichsstaatsrats mit Hitler und anderen Nationalsozialisten in den nächsten Tagen mit einem konkreten Ziel weitergeführt werden sollen, wird von amtlicher Seite als den Tatsachen nicht entsprechend bezeichnet. Die Besprechungen mit den Nationalsozialisten seien vorläufig als ebenso abgeschlossen zu betrachten, wie die mit den Vertretern anderer Fraktionen über das Finanzprogramm der Regierung geführte Erörterungen.

Hitler hat sich aufgedrängt

Hitler wollte am Sonntag zu politischen Besprechungen bei Brünning kommen — wie uns versichert wird — auf Einladung des Reichsstaatsrats, sondern auf seine eigene Einladung hin.

Die rechtsstehende „Berliner Kreuzzeitung“ weiß über den Verlauf des Gesprächs u. a. folgendes mitzuteilen: „Wenngleich über den Verlauf der Besprechung von allen Seiten strenges Stillschweigen beobachtet wird, glauben wir doch, daß sich zuverlässige Informationen zu der Annahme berechtigt zu sein, daß der Reichspräsident Hitler den Kanzler nicht im Zweifel darüber gelassen hat, daß das vorgeschlagene Sanierungsprogramm der Reichsregierung nicht die Billigung der NSDAP finden würde, die demgemäß in ihrer Opposition verharrten werde. Es ist also anzunehmen, daß von dieser Seite bei Zusammentritt des Reichstages ein Misstrauensvotum eingebracht wird.“

In ähnlichem Sinne äußert sich der Pressedienst der Zentrumspartei. Er schreibt: „Die Nationalsozialisten wollen gar nicht positiv mitarbeiten. Das schließt Brünning und der Kanzler selbst werden zum Teil in nicht wiederzugebender Weise und Ausdrücken behauptet und geschmäht. Das Sanierungsprogramm wird heruntergerissen und schlecht gemacht. Der „Völkische Beobachter“ hat dieser Lage auch den Vorschlag eines Heberbrünnungs-kredits als „ein finanzpolitisches Verbrechen“ bezeichnet und unter Hinweis auf eine frühere von Hilferding angeregte Forderung gesagt: „Der Zentrumler Brünning reißt sich nicht an den Fäden Hilferding an.“ Freilich hat die Nationalsozialisten in keiner angenehmen Lage, nachdem Brünning, was bekannt ist, mit konstanter Rücksichtung der

dann ist die Demokratie erst recht schuflos. Ebensoviele ist es uns eine Lösung zu sein, jeht auf jeden Fall in Bezug auf die Reichsregierung Abstimmungsprozess zu treiben, auf jeden Fall in der Opposition zu verharren, denn das muß schließlic und endlich die Faschisten an die Macht bringen, und das ist weit gefährlicher für die ganze Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung, als sich das viele eingesehen. Eben deshalb ist hier seit den Wahlen einerseits zurückhaltend, sehr vorsichtigen und hinhaltenen Politik das Wort geredet worden. Denn wenn sich ein Ausweg finden lassen soll, so kann er u. E. nur darin bestehen, daß die Parteien, die eventuell für die Bildung einer Regierung mit den Nazis in Frage kommen, sich auseinander mandrieren, aber doch wenigstens so weit, daß wenigstens Preußen vor dem Schicksal des Reiches behahrt bleibt. Die Ausschüsse dazu scheinen uns nicht völlig gleich Null, wenn sie auch recht gering sind.

Schmädhungen der Nationalsozialisten, sie vor die Frage der Verantwortlichkeit stellte. Nun müssen sie die Maste lüften, nun müssen sie Farbe bekennen. Aber heute schon ist es zu erkennen: sie wollen, ja sie können garnicht praktisch mitarbeiten, weil sie selbst vor aller Welt den niederschmetterndsten Nachweis ihrer vollendeten Unfähigkeit liefern müssen. In demselben Augenblick, in welchem die Nationalsozialisten versuchen müssen, das, was sie versprochen haben, in die Praxis umzusetzen, wäre die ganze Bewegung erledigt. Das wissen die Nationalsozialisten ganz genau, und darum müssen sie durch Pathos und Hysterie, durch Gärn und Radu die „Stimmung“, die in letzter Zeit schon ohnehin bedenklich nachgelassen hat, wieder aufzupebern.“

Was der Pressedienst der Zentrumspartei hier sagt, trifft den Nagel auf den Kopf. Trotzdem haben es die christlichen Gewerkschaften bis heute noch nicht für angebracht gehalten, einen Trennungskrieg gegen die Nationalsozialisten zu ziehen. Dabei haben sich die Nazis nicht nur im Deutschen nationalen Handlungsgewerksverband, sondern auch in anderen, den christlichen Gewerkschaften angehörenden Verbänden von Tag zu Tag mehr aus. Man verzicht sich zwar in den maßgebenden Kreisen der christlichen Gewerkschaften schon seit Wochen den Kopf darüber, was eventuell gegen die nationalsozialistische Seuche unternommen werden kann und reißt auch von einer eventuellen Sanktionsänderung, aber über das Reden hinaus ist bisher noch nicht gekommen.

Man muß diese Auslassungen und Feststellungen der maßgebenden Organe der Zentrumspartei, ferner die an anderer Stelle dieser Ausgabe wiedergegebene Äußerung der „Germania“ zur Antwort Otto Brauns auf die Anfrage wegen der Auflösung des preussischen Landtags und das Verbot des Bischofs von Mainz, daß Katholiken nicht Mitglieder der Nazi-Partei sein dürfen, über das wir ebenfalls an anderer Stelle dieser Ausgabe berichteten, im Auge fassen, um die ganze Väterlichkeit der Drohungen zu ermessen, die die „Schleifische Volkszeitung“ am Sonntag einmündig wieder gegen die Sozialdemokratie in Bezug auf die Preußenregierung ausstieß. In Wahrheit ist man im Zentrum heilfroh, daß in der bestehenden Preußenregierung ein solches Volkswort gegen die Gewalt- und Wahnsinnspolitik der Hitlerleute besteht. Man würde im Reich schon längst mit ihnen zusammengehen, wenn die Nazis nicht ihre Hände auch nach Preußen ausstreckten. Man läßt daher in der Hummerlei gut, den Mund nicht so voll zu nehmen. Eindruck macht man mit all dem doch nicht auf uns.

Die Stahlhelmparade in Koblenz

Wieviel sind dazu gelogen?

In Koblenz waren am Sonntag Stahlhelmlente aus dem ganzen Reich versammelt. Nach dem mit der Stahlhelm sympathisierenden Organ der christlichen Gewerkschaften waren es 100 000, nach der „Kreuzzeitung“ des Graubündens 120 000 und nach Eugenbergs „Tag“ 140 000. Eugenbergs-Blätter im Reich haben sogar noch mehr als 140 000 bis 180 000 Stahlhelmlente ermittelt. Wieviel waren es nun wirklich?

Die reaktionäre Wirtschaftspartei

Die Wirtschaftspartei hat die Thüringische Regierung durch einen Antrag im Thüringer Landtag aufgefordert, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das Wahlalter auf 24 Jahre heraufgehoben wird.

Denker Johnny

Namen von Myrtle Johnson
Aus dem Englischen übertragen von Franz Fein
(Kontinental verhalten.)

„Ich will dir etwas sagen“ — er machte ein geistesvolles Gesicht — „wenn du mir sagst, daß du morgen ganz genau so aussiehst, bringe ich dir die Gardine zum Wechseln, und du kannst sie ganz für dich allein haben.“

„Aber was ist das für ein Spiel?“ — er sah sie an. „Es ist ein Spiel, das ich dir spielen will, wenn alle Bedingungen für die Hande.“

„Über die Zeit, was sie konnte, um sich die Hände und Schultern zu waschen, die Johnny empfand, nicht, wenn er herankam, und wie junge Frau aus ihr werden ließ, ihre ganze Frau, wie er sie vor sich. Johnny schaute nicht.“

„Sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon.“

„Denn er hat das Gefühl, das sie gepackt und dieses alte Kleid angehen gelassen hatte, völlig in ihr.“

„Sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon.“

„Der Herr ist gelobt“, sagte sie sich, als sie wieder in ihrem kleinen Kleid stand und das Haar kniff aus der Stirn zurück.“

„Zweimundzwanzigtes Kapitel
Die Handwerker des Reichstages „Die Eier“ glück einen haben, Myrtle empfand, Johnny war es nicht zu sehen mit demselben Gesicht, die per Ringe im Sockelstein gezeichnet, und einen ganz kleinen, das eben ein Spiel war. Genau unter diesen Umständen begann sich eine grüne Färbung. Am zu dieser zu gelangen, mußte man über eine Eisenbrücke gehen, die oben an dem Himmel hing und mit demselben ein verrostete Brücke zum Überqueren hatte.“

„Sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon.“

Kodarmel über die Knöchel gezogen hatte, weil ihm das Gefühl einer Berührung mit dem Holz widerwärtig war.

„Ein kleines Geräusch war zu hören, dann wurde die Tür geöffnet, und Mrs. Fogarty ließ ihn ein. Das Zimmer war jetzt klein und noch ungeschliffen und Kleider. Darin stand nicht weiter als ein Bett, ein Tisch und ein Stuhl. Die Matratze auf dem Bett hing zur Seite heraus, und auf ihr lagen ineinander gewickelt zwei Deden. Auf dem Tisch waren in wüstem Durcheinander Tischgestelle — einige davon waren auf den Fußboden gefallen — ein zerprüngener Spiegel und eine Kerze, die auf die Platte gestellt war. Auf dem Stuhl stand ein Teller mit einem Stück Fleisch in erstarrem Zustand.“

„Ich werde den Lappen lieber herinnehen“, sagte Mrs. Fogarty mit ihrer tonlosen Stimme. „Reiß ihn ab, wenn du dann wäre er im Handumdrehen hier oben.“

„Sie machte das Fenster auf, band den Faden los und schenkte sich laut hinein. Er war mit Fettflecken und Flecken besetzt. „Ich bin erledigt“, sagte sie, den Lappen in der Hand fassend.“

„Johnny konnte kein Wort herausbringen. Die Ruhe, die er keine Anwesenheit hianahm, und das Fehlen jeder Schmeichelei an ihr erkannten ihn.“

„Sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon, sag mir, er hat dich schon.“

Die reisenden „Werbeleutnants“

Notwendiges Nachwort zum Leipziger Prozeß.

Uns wird geschrieben: Die Ulmer Offiziere sind vom IV. Straßengericht des Reichsgerichts des verurteilten Hochverrats für schuldig an den Mord an Kaiser Wilhelm I. erkannt worden. Das Urteil lautet auf je anderthalb Jahre Gefängnis, also auf je ein Jahr weniger, als der Reichsanwalt in dem Plädoyer beantragt hatte. Die noch aktiven Leutnants Heringer und Lubin sind aus der Armee ausgeschlossen worden. Den Angeklagten fallen die Kosten des Verfahrens zur Last. — Das Leipziger Urteil ist gerecht. Wir anerkennen das Urteil, das sich das Reichsgericht, dessen prozessuale Verfahren im Laufe der zwei Wochen der Verhandlung wiederholt scharf kritisiert werden mußten, bei der Schuldfrage und bei der Urteilsfindung von politischen Erwägungen freigehalten hat. Die Situation lag eindeutig, die Angeklagten mußten verurteilt werden, wenn Recht noch Recht im Hochverrat noch Hochverrat ist, und die Angeklagten wurden verurteilt.

Die unbegreifliche Duldbarkeit, mit der im Leipziger Reichsgerichtsprozeß das republikanische System und seine beamteten Vertreter aufs häßlichste beschimpft werden durften, läßt wirklich den Schluss zu, daß das Leipziger Richtergremium aus bestärkten Republikanern besteht. Aber die Leipziger Richter sind dennoch im entscheidenden Moment — im Gegensatz zu den angeklagten Reichswehroffizieren — die Politik zur Privatangelegenheit gemacht. Sie sind im entscheidenden Moment — auch im Gegensatz zu den Angeklagten — ihrer inneren ersten Berufung gefolgt. Als es um die Frage der Schuldfrage ging, waren die Richter, was sie nicht immer in diesem Prozeß waren: Juristen. Und so geschah es, daß das Recht, in dessen Namen Hochverräter von links immer wieder aufs strengste verurteilt werden, nicht zugeugt wurde, wo es gegen die Nationalsozialisten ging. Traurig genug, daß es nötig ist, diese Feststellung zu machen. Aber wissen wir nicht, daß die rote Rube durchaus nicht immer fleckenlos blieb? Wenn wir es vergessen hätten, hätte uns einer, der während der Urteilsverkündung im Gerichtssaal saß, daran erinnert: Herr Reichsgerichtsrat Jorns.

Das Gericht hat auch auf Dienstentlassung der aktiven Leutnants Lubin und Scheringer erkannt. Sehr richtig lag die Vorstellung, daß die Reichswehr keine „reisenden Werbeleutnants“ gebrauchen kann. „Die Reichswehr soll ein zuverlässiges Heer zum Besten des Vaterlandes bleiben.“ Kein Zweifel: das Wort von der „reisenden Werbeleutnants“ klingt hart kritisch und die Verurteilten werden darüber vermutlich sehr gekränkt sein über die Formulierung, die in seinem Plädoyer Rechtsanwalt Kegel gebrauchte: „Es geht nicht, daß das ganze Volk nach der Pfeife der Leutnants tanzt.“ Jawohl, die Angeklagten werden wieder beleidigt sein, und wir fürchten, daß sie nie begreifen werden, daß jene Ironie, die ihr Handeln im Tiefsten nicht mehr vollnimmt, am Werke ist. Dieser Prozeß ist nämlich auch ein Prozeß der Gesinnung, und Gesinnung haben die Verurteilten nur im Nationalsozialistischen, aber nicht im reinen Sinne bewiesen! Niemand nähme es an sich den Zivilisten Wendt, Scheringer und Lubin übel, wenn sie Nationalsozialisten wären. Ein Keil, der für einen unzulässigen Menschen ebenso peinlich zu fragen ist, wie für Nationalsozialistische Offiziere die Uniform eines republikanischen Heeres, bleibt erst dann, wenn eben diese Leute eben diese Uniform anziehen. Niemand zwingt die Herren Wendt, Scheringer und Lubin zum Treueid auf die republikanische Staatsverfassung. Können sie Nationalsozialisten sein! Mögen sie in ihres Gottes Namen wütend, so viel sie wollen! Gesinnung zur Tat werden zu lassen ist das Recht des Revolutionärs. Aber das dürfen nur Zivilisten tun. Wer Offizier wird und einen Treueid leistet, ist verpflichtet, sich an diesen Treueid zu halten. Wer Offizier wird und einen Treueid leistet, darf nicht zum Zwecke des Konspirierens und zum Zwecke des Erregens von Mißgunstigen in den verschiedenen Behörden herumreisen. „Geschicht das,“ so heißt es in der mündlichen Urteilsbegründung, „so ist das ein schwerer Verstoß gegen die militärische Disziplin und außerdem ein schwerer Treubruch gegen die Berufspflicht des Soldaten. Der Soldat hat nicht nur eines Angriffs auf die Verfassung zu enthalten, er hat sie auch zu schützen.“

Natürlich soll der Soldat keine bloße Befehlsmaschine sein, im einen Ausdruck des Zeugen Leutnant Bergmann zu gebrauchen. Natürlich soll er auch denken und ein Herz haben, im abermals diesen Leutnant Bergmann zu zitieren. Aber wenn im Denken ihn zu der Erkenntnis und sein Herz zu dem Gefühle führt, daß ihm die Staatsform, auf die er den Treueid geleistet hat, aufs tiefste unangenehm ist, und daß ihm die Gegner dieser Staatsform, die Nationalsozialisten, innerlich so nahe stehen, daß es sich nötigenfalls erst noch überlegen muß, ob er, wenn es möglich ist, auf sie schießt — da gibt es nur Eines, und dieses eine heißt: den Abschied einzureichen! Und wenn die zahlreichen Scheringers, Wendts und Lubins, die heute noch in der Reichswehr sind, nicht von diesem Gefühl für persönliche Sauberkeit und Anständigkeit haben, dann muß es ihnen der politische Wille derer, die sagen, die Reichswehr wird republikanisch sein oder sie wird nicht sein, beibringen. Es geht nicht, daß die, die zum Schutze der Republik bestimmt sind, Feinde der Republik sind. Lubin schloß seine letzte Rede pathetisch mit Schillers Worten: „Wichtig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt in ihre Ehre!“ Wir sagen hinzu: Und wichtig ist das Volk, das seinen Feinden selbst ans Messer liefert.

Die Feinde der Republik glauben von sich, daß sie den Nationalismus gepachtet haben. Sie glauben, es gibt nur eine wahre Gesinnung der Vaterlandsliebe — und das ist die ihre. Eine genaue Definition dieser Gesinnung zu erhalten, war leider nicht möglich. „Das muß anzunehmen sein“, sagen sie, wie Hauptmann Weber, „wenn aber, aus nachgelassenen Kapiteln des Nationalismus, etwas herauskommt wie jene, auf welche Weise. Wie die Leutnants die Begriffe „national“, „nationalistisch“ und „nationalsozialistisch“ miteinander gemischt haben — das war nicht mehr Aufklärung, das war schon eine Verleumdung. Es war dies jene verkommenste Verleumdung, die sie der von uns andauernd zitierten „Verleumdung des Nationalismus, des Nationalismus und Internationalismus“ entgegenzusetzen wollten.

Das ganze demokratische, das ganze alte Deutschland stand im Leipziger Prozeß da, als ob es den Abfall der Menschheit repräsentiere, der, bloß weil neuer Krieg und neuer Mord verhindert werden soll, nichts anderes im Sinne hat, als aus dem gemeinsten materiellen Interessen heraus Deutschland zu schädigen. Wir haben es nicht nötig und wir halten es für unter unserer Würde, uns gegen den Geist von Ulm und München zu verteidigen. Aber im Namen Herbers, Mathens und Stresemanns und überhaupt im Namen aller derer, die mit ihrer Auffassung vom Befreiungskampf, die der entsprechenden Auffassung der verurteilten Leutnants allerdings etwas entgegenzusetzen ist, schon ganz Beträchtliches im Interesse der deutschen Freiheit erreicht haben, muß dagegen protestiert werden, mit wieviel Nachsicht der Vorstehende es zuließ, daß das neue Deutschland und sein Lebenswille vierzehn Tage lang vor den Schranken des höchsten deutschen Gerichtshofes unentwegt mit Dred beschmissen worden ist.

Daß der Reichsanwalt in seinem Schlußplädoyer entschiedenere republikanische Töne anschlug, genügt nicht. Ist denn das Gericht nur dann für Politik zu haben, wenn es gilt, Herrn Hitler Gelegenheit zu einer blutrünstigen Rede und zu einem Reinigungsgebet zu geben?

Katzenmäßig ist zu fragen, wie es zu einer solchen Verwirrung der Leutnantsherzen kommen konnte. Es wäre äußerlich geurteilt, wenn man die Ulmer Gesinnung nur durch die nationalsozialistische Hege erklären wollte. Die Hege der Nationalsozialisten appelliert nur an die niedrigsten Instinkte — die Hochverräter von Ulm sind aber die schlechtesten Charaktere noch lange nicht. Die Ulmer Hochverräter richteten sich gar nicht so sehr nach dem Inhalt von Agitationschriften — ihre Lektüre war weniger Hitler als Clausewitz —, sie klammerten sich einfach an das Wort „Nationalsozialisten“. Sie suchten eine Partei, die national und sozial sei; besonders Scheringer ist von ausgesprochen sozialer Einstellung, man hat das verschiedentlich in seinen Aussagen feststellen können. Wüßten nun die Verurteilten nicht, daß beispielsweise auch die Weltanschauung des Liberalismus soziale Tendenzen hat? Wüßten sie nicht, daß „national“ und „international“ nicht einander ausschließende, sondern einander ergänzende Begriffe sind? Sie wüßten es nicht. Die Republik hat ihnen in viel zu großer Nachsicht die reaktionärsten und stupidesten Gymnasiallehrer gelassen. Die Republik hat nicht genug für ihre geschichtliche und nicht genug für ihre Allgemeinbildung getan. Hier ist nicht vieles wieder gutzumachen — hier ist neu anzufangen. Und zu allererst ist zu fragen: wer waren die Lehrer, bei denen die Leutnants ihre staatspolitische Ausbildung genossen? Erkennen wir doch endlich: mehr als in jedem anderen Volk ist bei dem deutschen die Garantie des Friedens auch eine Frage der soldatischen Erziehung.

Herr Rechtsanwalt Dr. Saß, der tüchtige Verteidiger Wendts und Scheringers, stellte in seinem Schlußplädoyer den Gegensatz: die Idealismus — die Materialismus auf, hier die Welt der Front — dort die Welt der Büros auf. Die junge Generation, führte Herr Dr. Saß aus, folgt ihrem eigenen Geseh von Blut und Erde: sie will den Aufbruch der Nation. Ausgesprochen Herr Dr. Saß! Aber mit dem Bruch des Treueides für eine volksfeindliche Partei werbend und herumreisend konspirieren — so wird nicht aufgebrosen! In einem Staat, der nur Naziherrn und plebische Anführer kennt, und in einen neuen Krieg — dorthin wird auch nicht aufgebrosen!

Aufbruch — jawohl! Aber das eine wissen wir bestimmt, da wir nur Menschheit und Menschlichkeit brauchen und kein kriegerisches und imperialistisches, sondern nur ein soziales Ziel haben: über Ulm und München geht die Reise nicht!

Die Krise in der Staatspartei

Die Staatspartei keine Einpartei — Alle wollen ihre organisatorische Selbstständigkeit behalten

Kiel, 6. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

In der Deutschen Staatspartei Schleswig-Holsteins ist es zu schweren Differenzen gekommen, die u. a. in einer Entschliessung des Jungdeutschen Ordens der Groß-Sallei Nord zum Ausdruck kommen. In der Entschliessung heißt es, es habe sich nach den Wahlen herausgestellt, daß Männer wie Stolper, Reinhold und Hüpler sich die Sammlung eines verantwortungsbewußten Bürgerturns geföhren. Wesensfremde Bürokratie und parteibürokratische Elemente dürften in einer staatsbürgerlichen Bewegung keinen Einfluß gewinnen. Die Deutsche Staatspartei sei weder eine Fortsetzung der demokratischen Partei, noch eine Einpartei. So lange ein klares Abbrechen von den genannten Gruppen nicht erfolge, sei nur die Volksnationale Reichsvereinigung in der Lage, den Kampf um die staatsbürgerliche Aktivierung vorwärts zu treiben.

Der Aktionsauschuß der Staatspartei wird sich am Dienstag mit der Krise in eigenen Lager beschäftigen. In unterrichteten Kreisen glaubt man nicht, daß die Staatspartei in der anfänglich beabsichtigten Form zusammenkommen wird. Man rechnet vielmehr damit, daß die Demokraten ebenso ihre organisatorische Selbstständigkeit behalten werden, wie es die Volksnationale Reichsvereinigung für sich in Anspruch nimmt und daß die künftige Zusammenarbeit zunächst auf der Basis einer Arbeitsgemeinschaft vor sich gehen wird.

Von dem parteimäßigen Gebilde, wie es von allem Anfang an als Staatspartei in Aussicht genommen war, zur Arbeitsgemeinschaft. Das ist natürlich der Anfang vom Ende!

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei (wie lange noch?) nahm am Montag zu dem Sanierungsprogramm der Reichsregierung folgende Entschliessung an:

Die Fraktion der Deutschen Staatspartei erklärt sich dem Programm der Reichsregierung einen energischen Versuch zur Erhaltung der deutschen Finanzwirtschaft auf parlamentarischen Wege. Sie wird sich dafür einsetzen, daß dieser Versuch zum Erlolge führt. Die Fraktion der Deutschen Staatspartei wird Vorschlags- und Ergänzungsanträge in geeigneter Zeit dem Reichstage unterbreiten. Die Ortsgruppe Jena der Deutschen Demokratischen Partei hat, wie aus dem Weimar gemeldet wird, eine Entschliessung angenommen, in der die Aufrechterhaltung der Deutschen Demokratischen Partei als unbedingt erforderlich erklärt wird.

Zeit verbißet schon wieder

Die Aufführung des neuen im Leipziger Theater laufenden Gessica-Films „Zwei Weiben“, die demnach auch in Weimar beachtet war, ist von Fritz behauptet worden. Für die Zunderhandlung wird eine Ged-

traße von 1000 Mark angebroht. Möglichenfalls soll die Verzögerung durch Zwang verhindert werden.

Der Film zeigt die Liebesgeschichte eines österreichischen Offiziers mit der Tochter einer jüdischen Familie.

Die richtige Antwort

Auf eine im Preussischen Landtag eingebrachte nationalsozialistische Anfrage hat der preussische Ministerpräsident Braun folgende Antwort erteilt: Der Ausfall der Reichstagswahl gibt dem Staatsministerium keinen Anlaß, eine Auflösung des Landtages herbeizuföhren. Die Whler in Preußen, die am 14. September dieses Jahres für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei gestimmt haben, können bei der nach dem 1. Oktober in der Verfassung vorgesehenen vierjährigen Legislaturperiode des Landtags stattfindenden Neuwahl ihr verfassungsmäßiges Mitbestimmungsrecht ausüben. Dies entspricht auch den Wünschen der Demokratie.

Die „Germania“ verzeichnet diese Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten unter dem Titel „Die richtige Antwort“.

Ablehnung des Wohnungsprogramms Brünings

Auf Einladung des Bundes Deutscher Mietervereine e. B. (Sitz Dresden) fand in Berlin eine Besprechung mit Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände statt. Gegenstand der Besprechung bildete das Programm der Reichsregierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft. Dieses Programm wurde einmütig abgelehnt. Weitere Maßnahmen wurden besprochen.

Französische Anleihe für Deutschland?

Paris, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Stahlhelmparade in Koblenz hat ein wütendes Kesseltreiben gegen die Verleumdungs-politik zur Folge gehabt. Die französischen Nationalisten begnügen sich heute nicht mehr damit, den Kopf Briands zu verlangen und nach neuen Klüffungen zu suchen. Mehrere Blätter fordern die Regierung auf, allen französischen Banken die sofortige Zurückziehung der nach Deutschland gegebenen Kredite zur Pflicht zu machen. Es sei glatter Vaterlandsverrat, schreibt Léon Daudet in der „Action Française“, daß die französischen Banken es wagten, mit ihren Depositengeldern die Kriegsvorbereitungen in Deutschland zu finanzieren.

Die Ursache dieser mit verdoppelter Heftigkeit geföhrenen Kampagne dürfte in gewissen Gerüchten zu suchen sein, wonach der Abschluß einer großen französischen Kreditoperation zu Gunsten des Reiches in Paris zur Verhandlung steht. So berichtet zum Beispiel der „Paris Midy“ am Montag, daß eine Ausprache, die am Freitag zwischen Tardieu, Briand, dem Finanzminister Renaud und dem Direktorium der Bank von Frankreich stattgefunden hat, Projekten der angegebenen Art gegolten habe. Man habe daran gedacht, einen kurzfristigen, gegen politischen Bestehenssicher immer wieder zu erneuernden Kredit bei den französischen Privatbanken aufzunehmen, und ihn durch die Vermittlung der BZ dem Reich zuzuföhren. Schon bei der Genfer Konferenzstimmung sei es zwischen Briand, Handelsminister Flaudin und dem Reichsaussenminister Curtius zu Verhandlungen darüber gekommen, auf die Curtius in seiner Rede am Tage nach der Reichstagswahl ungewichtig angepielt habe.

Paris, 7. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Das „Journal“ fordert die französische Regierung am Dienstag zu einer geharnischten Protestdemarche bei der Reichsregierung auf. Die Stahlhelmparade in Koblenz stelle, so erklärt das Blatt, einen Verstoß gegen den Friedensvertrag dar. Der Versailles Vertrag habe die entmilitarisierte Zone am Rhein nicht nur deshalb geschaffen, um die offizielle Reichswehr fernzuhalten, sondern um auch alle anderen militärischen Übungen unmöglich zu machen.

Gegen den österreichischen Faschismus

Protest des Wiener Landtages gegen die Gewalttätigkeit Stachembergs.

Wien, 6. Oktober. (Eig. Draht.)

In der Montagtagung des Wiener Landtages beantwortete der Wiener Bürgermeister Seiß, der zugleich Landeshauptmann ist, eine Anfrage der Sozialdemokratie über die fortgesetzten Konfiskationen der oppositionellen Presse dahin, daß er die Bergewaltung der Pressefreiheit nicht genug brandmarken könne.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Danneberg verwies darauf, daß ein Mann, der ein Jahr lang zum Mord und Totschlag aufgefordert habe, inzwischen von Baugin und Seipel zur Ueberrnahme des Innenministeriums für würdig befunden worden sei. Wenn der Bundeskanzler für Ruhe und Ordnung sorgen wolle, dann müsse er zunächst seinen Innenminister einperren. Danneberg schloß: „Wir haben aus sicherer Quelle vernommen, daß man in den Kreisen der Regierung erwägt, Abgeordnete verhaften zu lassen und die Pressefreiheit noch mehr einzuschränken, als das bisher geschehen ist.“

Der Landtag nahm nach Schluß der Debatte eine Entschliessung an, in der an die Regierung die Mahnung gerichtet wird, die öffentliche Meinung durch Verletzungen der Pressefreiheit und durch Verfassungswidrigkeiten oder durch Drohreden der Minister nicht zu beunruhigen. Der Landtag erhebe ferner seinen Protest gegen ein Regime, das es auf Bergewaltung des Volkswillens und auf die Vernichtung der Freiheitsrechte abgesehen habe. Er fordere den Landeshauptmann auf, alles, was in seiner Macht stehe, zu tun, um die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen.

Papst lehrt nach Oesterreich zurück

Wie die Blätter melden, ist die nächste Folgerung der Einstellung des Strafverfahrens gegen Papst, daß Papst noch im Laufe dieser Woche nach Oesterreich zurückkehren wird. Voraussichtlich wird er Mitte der Woche in Wien eintreffen.

Blutige Zusammenstöße in Bilbao

Paris, 7. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Wie aus Spanien gemeldet wird, kam es am Montag in Bilbao zu blutigen Zusammenstößen. Eine Abteilung Kommunisten hatte ein Waffengeschft überfallen und darauf sämtliche Gewehre geraubt. Die bestärktesten Demonstrationen veranlaßten, daß in einem Raum in der Gegend und die Arbeiterpartei durch die Proklamation des Generalstreiks zu mobilisieren. Die Sozialistischen Gewerkschaften gegen den kommunistischen Streik nahmen, während die Kommunisten einen Streik auf die Sozialistischen Gewerkschaften ansetzten. Die Polizei hat in Bilbao ein Verbot erlassen, es sei in dem blutigen Schicksal, in dem Verlauf ein Kommunist getötet, der anderer immer und zahlreich verletzt worden. 17 bewaffnete Kommunisten wurden verhaftet. Weitere Details aus denen auf die Kollaterale geschossen worden sind, sind mitzuteilen befehrt werden.

Stadttheater
 Dienstag, 20.10 bis nach 23 Uhr:
 Abonn. Vorstellung E 3
Die Zauberflöte
 Mittwoch, 21.10 bis gegen 23 Uhr:
 Abonn. Vorstellung F 3
Die Fledermaus
 Donnerstag, 22.10 bis gegen 23 Uhr:
Die Fledermaus

Cole Theater
 Telefon 56747
 Täglich 20.15 bis 21.45 Uhr:
Boel
 Freitag, Sonnabend, 20.15 Uhr
 Gaijspiel des berühmten
 Künstlertheaters Habima
Der Golem
Thalia Theater
 Täglich 20.15 bis gegen 22.15
Ingelborg

Schauspielhaus
 Operettenabende
 Direktion: Curt Lerch
 Täglich 8 Uhr
 Der Sensations-Erfolg
 Greta Sedlitz in
Drei Musketiere
 mit
 Igo Guttman
 Gulda Gorell
 Leo Wimmer
 Jeden Sonntag 4 Uhr:
Land des Lächelns

Liebig Theater
 Ruf 34646
2 x
 täglich
4
 Uhr nachmittags
8
 Uhr abends
Variété
 Zeitgemäßer
 Preisabbau.

Jeder Besucher
 jeder Fremde
 besucht die
 Vergnügung
ALKAZAR
 and
BROADWAY

Frank-Pätzold
 Schuhmachermeister
 Königsstr. 7/9.

2 Mark
 2211
 2212
 2213
 2214
 2215
 2216
 2217
 2218
 2219
 2220
Nowatny
 Wollwaren, 22.24

Gelegentlichkeit
 Anzüge - Winterkleid
 Japan mit 4 oder 6
 Taschen
 gut und billig
Ring 60

Lohnarbeiten
 Frack-
 Rock- und
 Smoking-
 Anzüge
F. Kerner
 Markgrabenstr. 42

Schön
 22.10, 23.10, 24.10
 Sünden 3, 6, 7, 8, 9, 10, 11
 Sünden 12, 13, 14, 15
 Sünden 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

WAPPENHOF
 Heute Dienstag
 sowie täglich
 ab 4 Uhr (außer Sonnabend) ab 4 Uhr
**Große Familien-
 Nachmittags-Vorstellung**
 mit den Attraktionen
 des 1. Oktober-Programms
 Eintritt: Einheitspreis 30 Pf.
 Ab 8 Uhr:
 Große
Abendvorstellung mit Ball
 (2 Kapellen) Eintritt einschl. Ball 50 Pf.

Eine Sehenswürdigkeit
 ist das
Weinlesefest
 welches täglich im
Birkenwäldchen
 an der Faßbrücke stattfindet
 In der angenehmen Erwartung, daß auch Sie an einem der
 Abende meiner Einladung Folge leisten, danken wir Ihnen
 im voraus
 Hochachtungsvoll
 G. Weirauch & Frau

Luna-Park Tel. 55604
 Heute Dienstag:
Große Variété-Vorstellung
 mit dem inebellanten Oktober-Programm!
 Anfang 4 Uhr. Eintritt 25 Pf.
 Anschließend: **Ball.**
 Morg. Mittwoch: Der beliebteste verkaufte Ball
Veranstaltung!
 Freitag, den 10. Oktober: Amerikanischer
 Moulette-Tanz mit Preisverteilung.

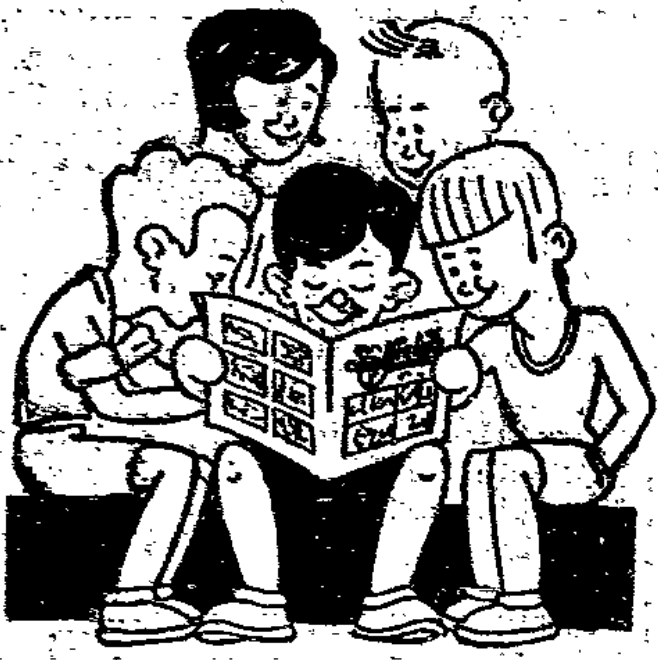
Gartenlokal „Birkenwäldchen“
 an der Faßbrücke - Haltestelle der Linien 1, 2, 18.
 Jeden Mittwoch: **Eisbeine**
 Täglich: **Mittagstisch** von 12 h. 3 Uhr
 Reichhalt. Speisekarte
 Auserkaut gute Küche
 Gepflegte Biere und Weine
 Musikal. Unterhaltung - Radio-Nachrichten

ELECTROLA
Felix Kayser
 Ring, Am Rathaus 28
 und Jambornstraße 11
 Schallplatten bekannter Marken
 wie „Stocher“, „Göner“, „Gammophon“, „Juba“,
 „Brunswick“, „Schmidt“, „Frohman“
 5. Jahrgang
 bei C. Kretschmer
 Gumboldtstr. 10/11.

Kauf Lotte
Lagerfeller
 104qm, feiner Marmor, keine Treppe, ganz Europa
 können Gegenstände geeignet. Elektrische Zu-
 richtung vorhanden. Sofort zu besichtigen.
Gebrüder Lotte
 Bismarckstr. 17.

Karl Marx
 Buchhandlungen Volkswacht, Breslau.

Wie einst
6.90
Fischer
 machen schnell
 und billig
Wiederholer
 C. M. S. S.
 Gumboldtstr. 10/11.



Kiebitz

*Die Lustige
 Tietz-Post ist da!*
 Wie auch immer
 morgen Mittwoch
1000 Abonnenten
 An die Kunde immer freundlich.
 Wie also Mitglied der Tietz-Post
 nicht werden will, soll in der
 Abgabe von Daten
 oder Willen der
 Abonnenten abholen



Kuchen - Käse
 mit Obst
 gut, tolle
 Dessert 1975
 5-12, je 5
 Jahr weiler Größe
 1 1/2 l., ab Größe 7
 150 msp.

Madras Mäntel
 imi gemitt. Stoffe
 mit Kollern
 Südkrag.
 Gr. 60-90 12.-
 Größe 60
 Jahr weiler Größe
 125 msp.

Halbesköpfe mit warmem
 Futter, Größe 40-95 - Größe 40 95 msp.
 Jahr weiler Größe 20 Mannig msp.

Mausfelle-Johu
 mit Futter . . . Größe 1-6 2.95

Waffelweck-Kuchen mit Sollen
 mit mit Zucker garniert, 550
 Größe 60-85 - Größe 60
 Jahr weiler Größe 75 Mannig msp.

Kuchen-Spezial-Auflage
 waffelweck, tolle ganz auf
 Sollen, Größe 3-12 - Größe 3 1275
 Jahr weiler Größe 1 1/2 l. msp.
 ab Größe 7/25 msp.

Zum Eindecken im Innere:
 1 Paar Wäsche mit Sollen 20 msp.
 1 Tasse Teller in 1 Wind-
 kocher mit Tassen . . . 25 msp.
 1 Tasse Teller, 1 Tasse Teller
 Teller mit Tassen . . . 30 msp.

Tietz
 Sollen, Opener Nr. 11-13. Tel. 56854



Für **45** Pf.
 bringen wir in den
 meisten Abteilungen
 eine
 Unmenge praktischer
Gebrauchsartikel

Morgen 4299
 10000 Paar
Strümpfe, Socken

- Baumwollflor-Damen-Strümpfe** (ausig u. schwarz, mit verstärkt. Ferse und Spitze) Paar **45**
- Damensportstrümpfe** mit Launische, in fest. Zwirnqual. mod. Farb. m. verstärkt. Ferse u. Spitze Paar **45**
- Dam.-Unterziehstrümpfe** kleines Quantum baumwollene, nahtlos, hautartig Paar **45**
- 2 Paar Füßlinge** schwarz u. farbig mit verstärkt. Ferse u. Spitze, 2 Paar **45**
- 2 Paar Kinder-Füßlinge** aus fester, schwarzer Baumwolle, für 5-8 Jahre 2 Paar **45**
- Herren-Schweiß-Socken** grau u. normalarb., in gut. wollgem. Qual. mit kleiner Webezahl, Paar **45**
- Herren-Socken** baugemust., in Baumwollqualität, nahtlos, mit verstärkt. Ferse und Spitze Paar **45**
- Herren-Vognesocken** grau, 2x2 gestrickt, strapazierb., in allen Größen Paar **45**
- Reinw. Kinder-Fäustel** in weiß u. verschied. and. Farben, Größe 0 u. 1. durchweg Paar **45**

Ganz besonders billig!
 Starke, wollgemischte
Herr-Stricksocken
 2 x 2 gestrickt Länge, grau, in fester Strapazierqual. Paar **45**



Schlafzimmer
 echt Erbe.
 komplett **RM 585.-**
S. Brandt & Co.
 Gartenstraße 85. I. Ostend

Latex-Kell-Hosen
 Sommer
 Manchester
 Engsch Leder
 Pfad
 Sechschöner
 Neuzubau
 in großer
 Auswahl

Bettwäsche
 Jacquard-Bonität
 20x24, 20x26, 24x28, 28x30, 30x32, 32x34, 34x36, 36x38, 38x40, 40x42, 42x44, 44x46, 46x48, 48x50, 50x52, 52x54, 54x56, 56x58, 58x60, 60x62, 62x64, 64x66, 66x68, 68x70, 70x72, 72x74, 74x76, 76x78, 78x80, 80x82, 82x84, 84x86, 86x88, 88x90, 90x92, 92x94, 94x96, 96x98, 98x100

Stiefel
 bei demper gerat
 leichte Anger von 2
 Linien, Anger von 2
 aus von Strick von 2
 1. Strick von 2

Stiefel
 bei demper gerat
 leichte Anger von 2
 Linien, Anger von 2
 aus von Strick von 2
 1. Strick von 2

Breslauer Nachrichten

Jeder Wunsch wird erfüllt

Schon immer sind die Kinder eifrige Sammler gewesen. Briefmarken fängt man gewöhnlich an. Dazwischen werden übergehend Schokoladenbilder, Kellamarkenscheiben, Stempel...

Es ist da ein Wunder, wenn auch unsere politischen Kinder schon 16 und 60, unsere Herren Nationalsozialisten, sich auf Sammeln von Zigarettenbildern gestürzt haben? Natürlich haben sie ihre eigenen Marken, "Sturm" und "Angriff".

Und was gibt es da nicht alles. An erster Stelle natürlich Kunftblatt des "obersten Führers", Adolf Hitler. Wer für keine Verwendung hat, kann eine "vorschriftsmäßige" Umrahmung bekommen.

Wenn man etwa 20 000 Zigaretten geraucht hat, gibt's sogar S.A.-Rübe. Bei doppeltem oder dreifachem Konsum wahrscheinlich ein S.A.-Schlafzimmer.

Wissenschaft im Dienste der Kriminalität

Ein interessanter Vortrag vor der Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung

In einem Kriminalroman wird der Kriminalist zumeist als Mensch mit besonderer Kombinationsgabe dargestellt, der die Schärfe der undurchdringlichen Fälle klarlegt. Man braucht nur an die in der Jugendzeit mit Eifer verschlungenen...

Einem großen Einbruch in Pörschburg hatte der Forscher sein Taschentuch zurückgelassen oder verloren. Der hätte über diesen Fund der Kriminalpolizei vielleicht...

Menschen hören kann sich ein kriminalistisches Laboratorium derart vergrößern, daß sie der Lage für Kommunikation halten könnte. Welche Folgerungen sich daraus ergeben...

Nicht uninteressant ist bei dieser wissenschaftlichen Kriminalität die Untersuchung auf Vertiefungen. Bei einer Antenne, einem über eine Straße gespannten Draht...

Ein Tüpfelchen Wachs von der Größe eines Stecknadelkopfes kann für kriminalistische Untersuchungen ein wertvolles Beweismittel werden. Ein Schmelzstrich im Mikroskop...

Was der Schleusenwärter erzählt

Witterungseinflüsse auf die Schifffahrt - Der Oberstrom als Wirtschaftssader Schlesiens Die Funktionen einer Schleuse - Besonderheiten eines Schleusenwärterberufes

Nach den amtlichen Berichten der Oberstrombauverwaltung hat die "Verlängerung" der Ober in diesem Jahre fast 3 Monate gedauert; vom 17. Mai bis zum 10. August. Erst kürzlich konnte der Verkehr auf der mittleren Ober, auf der Strecke talabwärts...

Die gesamte Schifffahrt auf der Ober hängt also von Witterungseinflüssen ab. Trockenheit und Kälte, aber unter Umständen auch das Hochwasser sind ihre schlimmsten Feinde. Bei anhaltender Trockenheit zeigen sich die Schwierigkeiten in erster Linie im nicht völlig regulierten mittleren Flußabschnitt...

Gut ausgebaut ist die Ober lediglich auf dem Abschnitt oberhalb Breslaus. Zwischen Kantern und Collet OS regulieren 22 Staustufen 22 große Schifffahrtsschleusen die Wasserstände. Um die Schifffahrt regelmäßig über die Verkehrsverhältnisse auf der Ober zu orientieren, werden täglich die Wasserstände gemessen...

Die Ober ist eine der wichtigsten Wirtschaftsadern unserer schlesischen Heimat und damit des deutschen Ostens überhaupt. Bei normalem Betrieb passieren während der 16stündigen Dienstzeit der Schleusenwärter im Sommer (von früh 4 Uhr bis abends 20 Uhr) täglich bis zu 100 Fahrzeuge eine Schleuse.

gegen gemiegtes Verbrechen zu Argumenten der Polizei werden.

Es ist zwar nicht so, daß ein Kriminalist ein Stäbchen Zigarettenasche sehen braucht und nun sagen kann, das ist die Asche einer Zigarre aus dem oder dem Tabak, nach Sherlock Holmeschen Stile also etwa so: "Ich kenne 2566 Zigarettenaschenarten, diese hier ist von einer Brant".

Die vorstehenden Ausführungen deuten kurz den Inhalt eines Vortrages an, den gestern abend Professor Dr. Lürkel vom Kriminalistischen Institut aus Wien vor der Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung hielt...

Die am Leben verzweifeln Die tägliche Selbstmorde

Unweit der Fürstenbrücke wurde gestern nachmittag die Leiche einer älteren Frau aus der Ober gelandet. Die Feststellungen ergaben, daß es sich um die 72jährige Witwe Anna G. aus der Gertrudenstraße handelt, die kurze Zeit vorher als vermisst gemeldet worden ist.

Heut 19.30 Uhr spricht im großen Saale des Gewerkschaftshauses in einer

Funktionär- und Vertreter-Versammlung Gewerkschaft Dr. Rudolf Kallert

über Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gegenwart

Eintritt in den Saal nur bei Vorzeigung der Funktionär- oder Vertreterkarte und des Mitgliedsbuches. Zutritt zur Galerie gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Eingang durch das Restaurant.

ferner Petroleum- und Benzin-Transporte in den überall bekannten Röhren der Firmen Dier und Shell-Amsterdam.

Interessant ist, was der Schleusenwärter über die Schleppdampfer und -kähne aus seiner jahrelangen Erfahrung zu berichten weiß. Es gibt Eisen- und Holzkähne, die ersteren wiegen vor. Die Schleppdampfer sind hinsichtlich ihrer Antriebsart und ihrer Stärke recht verschiedenartig.

Der Schiffsverkehr umgeht Breslau genau wie der Güterverkehr auf der Eisenbahn. Durch die Innenstadt wird überhaupt kein Frachtkahn geleitet. Nur den sogenannten Großschiffahrtsweg gibt man gelegentlich für den Kahnverkehr frei.

Die vier Schleusen um Breslau - Kantern, Rosenthal, Wilhelmstuh und Bartheln sind technisch gut ausgestattet. Zwei von ihnen, nämlich Kantern und Rosenthal, werden bereits elektrisch betrieben.

"Nicht alle Arbeit an den Schleusen wird von uns erledigt", bemerkt der Schleusenwärter abschließend. "Aufsichtsperson an jeder Schleuse ist der Schleusenmeister, dem die Erledigung der verwaltungsmäßigen Angelegenheiten obliegt. Er hat die statistischen Eintragungen vorzunehmen, von sämtlichen durchgehenden Fahrzeugen den Zoll zu erheben und außerdem die Meldungen über die Wasserstände bekanntzugeben."

Der Schrecken der Geschäftswelt

Drei Ladendiebinen vor Gericht

Vor dem Erweiterten Schöffengericht hatten sich gestern die 56 Jahre alte Frau Hedwig K., die 59 Jahre alte Witwe Maria G. und die 45 Jahre alte Frau Anna K. wegen gemeinschaftlichen Ladendiebstahls zu verantworten.

Die drei Frauen sind erheblich vorbestraft; insbesondere aber die G., deren Strafregister eine erhebliche Länge aufzuweisen hat. Ihre Straftaten beginnen bereits im Jahre 1887, wie sie also ein Mädchen von 16 Jahren war. Bei ihr und bei Frau K. lautet die Anklage auf Diebstahl im Rückfalle. Beide haben auch im Jahre 1924 einen gemeinschaftlichen Ladendiebstahl verübt, wofür die G. mit neun Monaten, die K. mit sechs Monaten, jede auch mit drei Jahren Ehrverlust bestraft wurden.

Die drei genannten Frauen hatten an 3. Mai d. J. beschlagnahmte, gemeinschaftliche Einkäufe zu machen. Zunächst besuchten sie das Kaufhaus "Saxonia". Hier wollte Frau G. ein Paar Strümpfe kaufen. Da gab sie einem Paden-Strümpfe einen Stoß, der direkt in ihre Altentafel fiel. Zu ganzen waren es 28 Paar. Frau G. ging schnell mit der Beute auf die gegenüberliegende Seite, während die beiden anderen Frauen gemächlich hinterhergingen.

Schmerz über den Tod der Mutter

trieb sie zum Freitod

Am Süderbrückentor wurde am Sonnabend die Leiche einer Frauensperson aus der Ober gelandet, bei der Anhaltspunkte über die Persönlichkeit der Toten zunächst nicht gefunden wurden. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, daß es sich um das 60 Jahre alte Kinderfräulein Hedwig G. handelt, das zuletzt in der Jahnstraße gewohnt hat. Sie ist durch den Schmerz über den Tod ihrer Mutter offenbar schwerwiegend geworden und hat aus diesem Grunde freiwillig ihr Leben beendet.

Einer ist erwischt worden

von den räuberischen Motorradfahrern

Wie gestern berichtet wurde, ereigneten sich am Sonntag und Sonntag vier Verkehrsunfälle, bei denen die beteiligten Kraftfahrer sämtlich davonfahren, ohne sich um die Verletzten zu kümmern...

Die einfafferte Miete gestohlen

Sonabend nachmittag drangen Einbrecher in eine Wohnung in der Pfaffenstraße, aus der sie 810 Mark Bargeld und Schmuckstücke im Werte von 400 Mark als Beute mitnahmen...

Wappenhof-Variété

Aus der neuen Variététruppe, die sich auf der Wappenhof-Bühne vorstellt, ragen Karl Sundermann und Partner besonders heraus, die ein nicht ungehörliches Spiel auf der freischwebenden Leiter vorführen...

Derat Operants

„Wissen ist Macht, Bildung macht frei“

Unter diesem Motto veranstaltet die Arbeiter-Operantengruppe Breslau ihre diesjährigen Anfänger-Kurse...

Zur Orientierung in der Erwerbslosenfrage

empfehlen die „Volkswacht“-Verhandlungen aus der Zukunft des Arbeitsrechts die

„Anordnung über die Arbeitslosenversicherung“

Erläuterungen zu den Abänderungsvorschlägen und Widersprüche des Reichsrats der Anordnung vom 2.9.34. In diesen in allen „Volkswacht“-Verhandlungen.

20 Tausend Zigaretten gestohlen

Einer Schenkstätte in der Kaiser-Wilhelm-Straße patierten in der Nacht zu Sonntag unbewachte Einbrecher einen Behälter mit 20.000 Zigaretten im Werte von etwa 100 Mark als Beute mitzunehmen.

Gedächtnisfeier feiert heute der Parteigenosse

August Nibel und seine Ehefrau Auguste, geborene Hoffmann, Friedrich-Wilhelmstraße 78 wohnhaft. Gedächtnisfeier feiert heute der neue Gemeindevorstand...

Sozialdemokratische Partei

Partei-Ordnung, Gewerkschaftsbüro, Zimmer 107-110, Telefon Nummer 590 50-590 60, Geschäftsstelle Sonnabend von 8-1 und 4-1 Uhr

Kausjuch für Arbeiterwohlfahrt

Mittwoch, 10. Oktober, im Heinen Saal Rathenower Platz, 10 Uhr. Wir weisen schon heute auf den am Freitag, den 10. Oktober, im Heinen Saal Rathenower Platz...

Sozialistische Arbeiterjugend

Sonabend, 28. Uhr, im Gewerkschaftshaus, Genosse Stamer, Vortragsabend (Thema: Die Probleme des deutschen Ostens; Der gegenwärtige Stand der Wirtschaft und ihre Auswirkung auf die Sozialistische Politik...

Sozialistischer Kampfklub

Abteilung West, erscheinen alle Bundesmitglieder im Heim Friedrichstraße bei der Jahreshauptversammlung

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Genossenschaft, Dresden 1, Ostend Str. 24, 2. Tel. 6970

Die SPD. für Massenelend

Die gewerkschaftlichen Parolen sind bei Teddy Thälmann in Ungnade gefallen. Die von ihnen massenhaft jargonisierten Programme haben die deutsche Arbeiterklasse...

Table with 3 columns: Description of cuts, Zahlen der Kommissare, richtige Zahlen. Includes items like 'Sozialistische Erziehung der Jugendlichen', 'Streichung der Ausgaben für die Reichswehr'.

Man sieht: die Kommunisten haben wieder einmal etwas gemacht und 15 Milliarden mehr in ihr Programm eingeschleift, als bei richtiger Rechnung tatsächlich ergibt...

Freigeigig werden Geschenke nach allen Seiten ausgeteilt. Dieses Programm kostet nicht 7 Milliarden, es kostet 15 Milliarden, wenn keine Forderungen nicht nur leere Phrasen sein sollen...

Das Programm für die Armen und Hungernden ist eine schamlose Irreführung der breiten Massen und eine blutige Verhöhnung des arbeitenden Volkes. Die Kommunisten speien die Arbeitslosen mit falschen Zahlen ab...

Streichung aller Subventionen, damit die Arbeiter von Ransfeld, die von den Schickaswerken, von den Deutschen Werken und viele andere brotlos werden.

Neuer Finanzskandal in Paris

Die Pariser Polizei ist einem neuen großen Finanzskandal auf die Spur gekommen, über dessen nähere Einzelheiten jedoch noch keine Mitteilung gemacht wurde.

Opern- und Musik

Regisseur im Stadttheater

Regieaufführung der Offenbach'schen Opernkomödie in zwei Akten von Eugene Ionesco (für Offenbach-Balletttruppe von Rudolf Gengen)

Opern- und Musik, Bericht über die Aufführung der Opernkomödie in zwei Akten von Eugene Ionesco...

Offenbachtruppe, Bericht über die Aufführung der Opernkomödie in zwei Akten von Eugene Ionesco...

Der „Gelästerte Christus“

Ein Gotteslästerungsprozess ohne Ende — Wer hat wen gelästert?
Wie die SPD. mit George Grosz umspringt

Der Gotteslästerungsprozess gegen George Grosz geht nicht zu Ende. Vor der Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Siegert begann der Prozess am Montag aufs neue, nachdem das Reichsgericht das freisprechende Urteil der Vorinstanz aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht III zurückverwiesen hatte. Das Interesse des Publikums war ungemein groß — um ihm zu genügen, war die Verhandlung in den großen Schörringssaal verlegt worden. Zahlreiche Richter und Rechtsanwälte wohnen der Verhandlung bei.

Nach der Verlesung des Urteils des Schöffengerichts Charlottenburg, das George Grosz der Gotteslästerung für schuldig erklärt und ihn seinen Verleger zu je 1000 Mark Geldstrafe verurteilt hatte, wandte sich der Vorsetzende mit der Frage an den angeklagten Maler, ob er zu diesem Urteil noch irgend etwas zu bemerken habe. George Grosz, der sehr ruhig und gefasst dastand, betonte mit erhobener Stimme: „Meine Bilder sollten keine antireligiösen, sondern eine anti-militaristische Wirkung ausüben.“ Landgerichtsdirektor Siegert: „Sie wollten sich also gegen den Krieg erklären?“ Grosz: „Jawohl. Gegen ihn und seine Brutalität.“ — „Und was sollte der einfache Mann sagen, wenn er Ihre Bilder in die Hand bekam?“ — „Meine Bilder sind nicht mißzuverstehen. Selbst der primitivste Mensch sieht klar und deutlich, daß nicht Christus mit dem inkriminierten Bilde getroffen werden sollte, sondern die ihn mißbrauchenden.“ — „Sie haben eine Vorstrafe wegen Verbreitung unzüchtiger Bilder erhalten?“ Grosz (hart): „Das waren meiner festen Ueberzeugung nach keine obszönen, sondern gesellschaftskritische Bilder.“ Es handelt sich hier um die bekannte „Ecce homo“-Mappe, die seinerzeit verurteilten Staatsanwälten Gelegenheit zur Strafverfolgung gab.

Es kommt dann das auf einer kommunistischen Ausstellung beschlagnahmte George Grosz nachgebildete Christusstandbild zur Sprache. Grosz rückt interessanterweise sehr deutlich und sehr energisch von der Ausstellung ab und stellt fest, daß das Aufstellen des Standbildes ohne Wissen, sogar gegen seinen Protest erfolgt sei. Dr. Pfeil, der Verteidiger von Grosz, unterbreitete diese Feststellung und betet sich selbst sowie einen anderen Maler als Zeugen für die Richtigkeit der Grosz'schen Feststellung an. Hier sieht man wieder einmal, wie struppellose Kommunisten nachher mit ihren Gefinnungsfreunden umspringen. Ueber den Kopf von Grosz und gegen seinen Willen stellen sie ein Standbild auf, um mit dem Namen des bedeutenden Graphikers zweifelhaftes Geschäfte zu machen.

Landgerichtsdirektor Siegert regt schließlich an, Vertreter der katholischen und der protestantischen Religionsgesellschaften über ihre Einstellung zu dem inkriminierten Christus mit Gasmaske und Soldatenknieeln zu hören. Staatsanwalt: „Es kommt darauf an, festzustellen, wie der einzelne religiöse Mensch auf das Christusbild von Grosz reagiert.“ Verteidiger: „Nicht die Empfindung des Einzelnen ist entscheidend, sondern die Auffassung der Religionsgesellschaften.“ Der Verteidiger macht seine Bedenken geltend, und betont die Möglichkeit, daß die amtlichen Vertreter der Religionsgesellschaften Grosz und seinem Werk mit Voreingenommenheit entgegenzutreten könnten. Verleger Herzfeld hält es für eine Unmöglichkeit, daß die Angegriffenen als Sachverständige fungieren. Das Gericht berät und beschließt nach einhelliger Beratung folgendes: Die Verhandlung wird vertagt. Zum nächsten Termin werden Vertreter der protestantischen und katholischen Religionsgemeinschaften als Sachverständige geladen, ferner Gemeindevorstand Dr. Kahl und sämtliche von der Verteidigung noch zu benennenden Sachverständigen und Zeugen. Landgerichtsdirektor Siegert wird den Termin der nächsten Verhandlung bestimmen, teilt aber schon vorher mit, daß die neue Verhandlung gründlicher Vorbereitung bedürfe. Auf den Schlusssatz des wechselreichen Christusdramas in Sachen George Grosz und Wieland Herzfeldt kann man wirklich gespannt sein.

Zwei Todesurteile wegen Vatermord

Das Schwurgericht in Königsberg verhandelte am Sonnabend gegen den 19jährigen Adolf Engel und seine Mutter aus der Siedlung Bärwalde bei Königsberg wegen Mordes und Anstiftung zum Mord. Frau Engel, die eine Liebschaft mit

einem anderen Manne unterhielt, hatte, nachdem sie vor- schiedentlich ver sucht hatte, ihren Mann zu vergiften, ihren Sohn Adolf angestiftet, seinen Vater, den Invaliden Fritz Engel, zu erschlagen. Adolf Engel hatte darauf am 4. August in einem Gehölz bei Bärwalde seinem Vater mehrere tödliche Schüsse beigebracht. Beide Angeklagte waren geständig. Das Schwurgericht erkannte gegen Adolf Engel auf Todesstrafe wegen Mordes, gegen Frau Engel ebenfalls auf Todesstrafe wegen Anstiftung zum Mord.

Mord oder Selbstmord?

Eine 19jährige Hausangestellte wurde am Freitag abend in Hamburg in der Babesbude der Wohnung ihrer Arbeitgeberin tot aufgefunden. Die Leiche wies am Hals, um den ein Taschentuch geknotet war, Kratzwunden auf. Trotzdem schien ein Selbstmord im Bereich der Möglichkeit zu liegen. Die Nachforschungen der Polizei führten zu dem seltsamen Ergebnis, daß der Verlobte des Mädchens, mit dem sie sich vor kurzem entzweit hatte, am Sonnabend früh in einem Pachtgarten erhängt aufgefunden wurde. Die Polizei ist bemüht, den mysteriösen Fall aufzuklären.

Versicherungsautomaten auf den Deutschen Bahnhöfen

Auf den deutschen Bahnhöfen soll demnächst eine Aufsehen erregende Neuerung durchgeführt werden. Man beabsichtigt, die Aufstellung von Automaten zuzulassen, die gegen Einwurf eines Betrages von 10 Pf. aufwärts eine fertige Gepäckversicherungspolice mit einer Gültigkeitsdauer von 24 Stunden liefert. Ein Mißbrauch der Police soll dadurch unmöglich gemacht werden, daß der sich Versicherende zugleich mit dem Einwurf der Geldmünze auf einem besonders imprägnierten Papierstreifen seinen Namen abdrucken muß, durch den die Identität des Policeninhabers eindeutig festgelegt wird.

Schweres Autounfall in Polen

Zwei Bürgermeister tot

Heute nacht fuhr auf der Chaussee von Polen nach Schrimm in der Nähe von Czempin ein Automobil gegen ein Brückengeländer und wurde vollständig zertrümmert. In dem Wagen saßen der Bürgermeister von Samter, Scholl und der Bürgermeister von Witkow, Kemmann mit drei anderen Herren. Scholl und Kemmann waren sofort tot. Die anderen drei Fahrgäste sind schwer verletzt.

Konzerte, Theater, Vergnügungen

Stadt-Theater. Dienstag, 20.10. Uhr, als 2. Abonnementsvorstellung der Serie E: „Die Jauberriller“ mit den Damen Köhler, Woll, Gerlach, Glan, Holland, Hüter, Kallner, Reigner, Sailer-Kühl und den Herren Watan, Demsel, Hüter, Krenninger, Dostegger, Pflanz, Weiß, Mittwoch, 19. Uhr, als 3. Abonnementsvorstellung der Serie F: „Lohengrin“ in der Regieunterstützung von Hubert Franz und unter musikalischer Leitung von Hans Oppenheim. Nächste Aufführung der „Fledermaus“ Donnerstag, 19.30. Uhr. Freitag, 20.10. Uhr, „Der fliegende Holländer“. Sonnabend, 20.10. Uhr, „Der fliegende Holländer“. Sonntag, 21.10. Uhr, ermäßigte Preise der Gruppe II: „Der Barbier von Sevilla“.

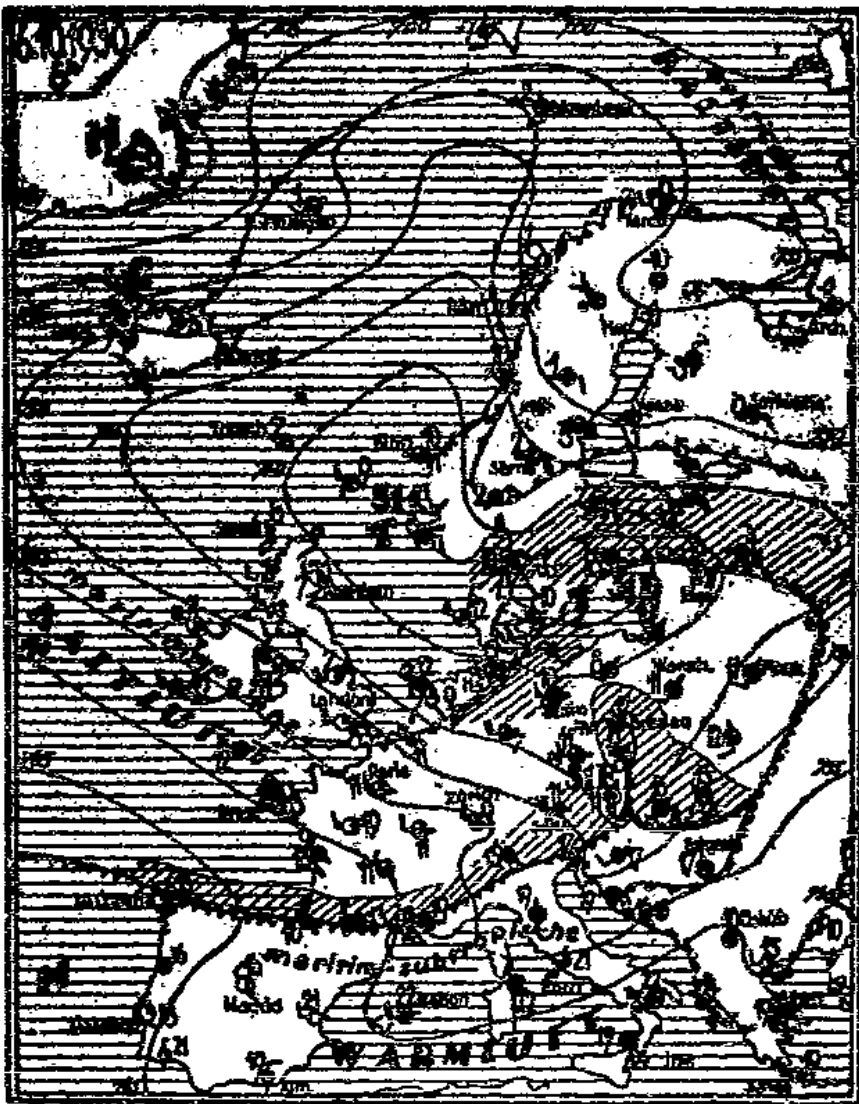
Schauspielhaus. Täglich 20.10 Uhr bis einschließlich Donnerstag: Gerhard Hauptmanns neues Schauspiel „Der Vorname“ in der Regieunterstützung von Max Opphus. Das hebräische Theater Habima bringt Freitag, den 18. Oktober, „Solam“ zur hiesigen Erstaufführung. Die Vorstellung wird Sonnabend wiederholt.

Thalia-Theater. Täglich 20.10 Uhr: „Jagdsberg“, Komödie von Kurt Gey. Schauspielhaus. Die Operette „Die drei Kasperler“ wird abendlich aufgeführt. Erste Sechsbis die drei Kasperler, Kallmann, Wimmer, Gerlach und die übrigen Hauptbesetzung feiern wahre Triumphe. Es wird gebeten, nach Möglichkeit den Vorverkauf zu benutzen.

Stadt-Theater. Circus, der Mann mit den Wunderkräften, findet mit seiner Produktion allabendlich draußenden Beifall. Der Künstler beginnt nach Beendigung seines Breslauer Gastspiels eine zweijährige Tournee durch Nordamerika. Die beliebtesten täglichen Nachmittagsvorstellungen bringen das angelegte Programm.

Wappenhof. Die angenehme Nachmittags-Unterhaltung bietet weiterhin das ansehnliche Variété-Programm.

Schlesische Philharmonie. Das erste Sinfonieorchester unter Leitung von Behr findet am kommenden Montag, den 13. Oktober, 20 Uhr, im großen Konzertsaal statt. Als Solist wurde Franz Dobner (Klavier) gewonnen. Vorverkauf ab heute Dienstag. Die Kassendamen der Schlesischen Philharmonie sind von jetzt ab von 9 bis 14 Uhr und 17 bis 19 Uhr.



Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kriegerstr.

(Nachdruck, nach mit Quellenangabe verboten.)

Auf der Rückseite des umfangreichen Luftdrucksystems, das in den letzten Tagen unsere Gegend nachhaltig beeinflusst hat und dessen Zentrum nunnmehr über der Ostsee liegt, brömen höhere Luftmassen von Nordwesten in Mitteleuropa ein. Dabei kommt es zu zahlreichen Böen, die von Regenwolken, teilweise sogar von Gewittern, begleitet sind. Im Hochgebirge fällt bei föhnwindigem West- und leichtem Frost Schnee. Die Lage wird sich nur langsam beruhigen.

Wahrscheinlich für das nächste Flachland und die niedrigen Mittelgebirge:
Böiger, allmählich abflauernd West bis Nordwest, wechselnd bewölkt, zunächst immer noch Schauer, kühl.

Wahrscheinlich für das höchste Hochgebirge:
Stärklicher, allmählich abnehmender Nordwest, wechselnd bewölkt, Schneeschauer, leichter Frost.

Sonnenaufgang 6.12 Uhr; Sonnenuntergang 17.25 Uhr.

Bank für Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G.
SPARKASSE
FILIALE Breslau

Geschäftliches

Im traulichen Heim. Unterhaltungsblatt für Haus und Familie. 5. Jahrgang. Verlag von Gmahl & Co. Nachf., Leipzig. — Preis jeder reich illustrierten Nummer 25 Pf. Der fünfte Jahrgang dieses beliebtesten Familienblattes beginnt so, daß man den Herausgeber wie die Leser gleichmäßig zu dem Gebotenen beglückwünschen darf. „Im Geheimen“ von H. Courths-Mahler führt den Reigen der zum Abend gelangenden Romane an, und ihm greift sich anfangs an „Fensterbänke“, der Roman einer Leidenschaft“ von Erich Freyler, ein Werk, das mitten hinein in das häusliche Leben rumpelt. Diesen beiden folgt endlich „Renasche“ von Erich Gerhardt, eine Erzählung von großer Feinheit und von intimer Weisheit. Neben diesen nicht gewöhnlichen Gaben drei der besten Schriftsteller der Gegenwart bringt „Im traulichen Heim“ noch manche kleine Novelle oder Humoreske, Artikel allgemein interessanteren Inhaltes, Redaktionen usw. und sorgt außerdem noch durch eine Witz-, Spiel- und Rätsel-ette in anderer Weise für die denkbar angenehmste Unterhaltung. Nach wie vor wird besonderer Wert auf eine vornehme illustrative Ausstattung gelegt, die ganz und hübsche Bilder — Wiedergaben berühmter Gemälde — hervorzuheben verdient. Jeder, dem „Im traulichen Heim“ noch unbekannt ist, sollte es kennenlernen. Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma Hermann Gmahl, Joh. Gmahl, Leipzig, Berlin SW., Oranienstraße 117/118, Zeitungsverhandlung, bei, die Bestellungen auf „Im traulichen Heim“ jederzeit entgegennimmt.

4. bis 12. Oktober
Wesshof
Im Reiche der Hausfrau
Geöffnet 10 bis 20 Uhr
Veranstaltet vom Hausfrauenbund Breslau (Berufsorganisation) Eintritt 60 Pf.
Große hauswirtschaftliche Ausstellung
Modenschau
Täglich 16 Uhr
in den oberen Räumen des Wesshofes

Sanften-Anzeigen

Am Sonntag, den 5. Oktober, verstarb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Martha Jung
im Alter von 47 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrubt an
Der trauernde Gatte
mit Kindern.

Beerdigung: Mittwoch, den 8. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofskapelle in Düringoy am. 4301

Am 5. Oktober verschied unser Mitglied
Frau Martha Jung
im Alter von 47 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Groß-Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, 8. Oktbr., nachm. 3 Uhr, von der Leichenh. des St. Barbara-Friedh. in Düringoy. Trauerfeier: Donnerstag, 9. Oktbr., 10 Uhr.

Adamynia
bei Krause, Buchhandlung etc.
in allen Apotheken erhältlich
Carl Adamy, Buchhändler
12006 (Mehren-Apothek)

Bücher sind Freunde

Das gute Buch ist immer mehr wert als es kostet. Überlegen Sie nie lange, was Sie schenken sollen — schenken Sie Bücher. Sie schenken dann das Beste. Eine gewaltige Auswahl in klassischen und modernen Werken finden Sie in unserer Buchhandlung.

Wollweber-Buchhandlungen Breslau
Nabe Gendarmenpl. 5 / Seidenstr. 105 / Markt 4

Die **Wollweber** Lose!

Ziehung vom 11. bis 14. Oktober 1930
Große
Rote + Gold
Lottarie
21 000 Gewinne und 1 Prämie

275 000
Höchstgewinn am 11. bis 14. 200 RM.

100 000

1 Hauptgewinn **60 000**

1 Prämie **40 000**

1 Hauptgewinn **20 000**

Losse zu 3.30 RM
40 Pfennig extra

Glücksbriefe 3 Lose 10 M.
Vorzug auch gegen Nachzahlung

Arndt Regentberg
Worshaus
Leichenh. Gegr. 1828
Postfachkonto Breslau 67465

Wie das Reichswehrministerium Arbeitslosigkeit bekämpft

50 Wochenstunden mit einer schönen Ansprache

Der Reichswehrminister hat unter dem 12. September an die Marinewerkeinspektion in Wilhelmshaven, die Inspektion des Torpedo- und Minenwesens in Kiel, an das Kommando der Marinestation der Nordsee und der Offize in Kiel und an die Marinereintendanturen in Kiel und Wilhelmshaven folgende Verfügung erlassen:

Gemäß § 5 Abs. 2 des DRG vom 20. Juni 1930 wird in Abänderung der Verfügung BB. V. d. 4104 vom 8. Juni 1929 angeordnet, daß mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 bei den Dienststellen im Bereich der Marinewerkeinspektion und der Inspektion des Torpedo- und Minenwesens die regelmäßige wöchentliche Mehrleistung zwei Stunden (bisher drei Stunden), die regelmäßige Arbeitszeit also 50 Wochenstunden (bisher 51 Wochenstunden) beträgt.

Der regelmäßige Wach- und Sicherheitsdienst sowie der Dienst der Fahrzeugbeschädigungen und eingesetzten Hilfsarbeiter bleiben von dieser Anordnung unberührt.

Diese Verfügung ist der Arbeiterkchaft bei den in Frage kommenden Dienststellen sofort bekannt zu geben. Die in den Ausführungsbestimmungen zu § 5 DRG unter Ziffer 1 festgelegte Frist von 14 Tagen muß unter allen Umständen gewahrt werden.

Es wird genehmigt, daß die durch die Arbeitszeit-

führung eintretenden Ersparnisse an Löhnen und sonstigen Verdiensten für die Mehrleistung von Arbeitern verwendet werden.

Im Auftrage
gez.: Unterkrüger

Zu dieser Verfügung teilt uns der Gesamtverband mit, daß die Wiederholung von den Organisationen gestellten Anträge, Verwaltungsparzellen herauszugeben, nicht berücksichtigt wurden. Ebenso bedauerlich ist, daß die Reichsmarineleitung nicht die Energie aufgebracht hat, endlich allgemein die 48stündige Wochenarbeitszeit einzuführen. Damit hätte man die zurzeit in den Betrieben vorhandene Belegschaft reiflos halten können. So muß sie aber dauernd mit Entlassungen rechnen. Bei Einführung der 48-Stundenwoche wäre es sogar möglich gewesen, Neueinstellungen vorzunehmen. Wenn in dem oben angeführten Erlaß von Mehrleistungen geredet wird, dann ist das nichts mehr als eine schöne Redensart. In der Praxis wird kein Arbeitsloser eingestellt werden.

Wenn das Reichswehrministerium glaubt, mit solchen Mitteln Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, dann befindet es sich im Irrtum. Es wäre wünschenswert, wenn sich der Reichsarbeitsminister einmal mehr darum kümmern würde, was sein Kollege im Reichswirtschaftsministerium tut.

für den Limburger Bergbau Lohnreduzierungen angefordert. Demgegenüber verlangen die Bergarbeitervertreter, daß die Erhöhung vom 1. Oktober 1929, die 5 Prozent ausmacht, noch ein Jahr beibehalten wird. Auch der Bekleidungsarbeiterverband wendet sich nachdrücklich gegen eine Reduzierung in der Bekleidungsindustrie, weil man dadurch Wirtschaftskrise nicht beseitigen und keine neue Arbeitsgelegenheiten schaffen könne. In den Buchdruckereien ist mit einem gemeinsamen Streik zu rechnen, nachdem die Verhandlungen über Neuvergabe des Tarifs sich vollständig zerschlagen haben. Die Arbeitgeber verlangen die Einführung des Zweischichtsystems, demgegenüber erklären die Gewerkschaften, daß sie sich angesichts gegenwärtiger Arbeitslosigkeit darauf nicht einlassen könnten.

24-Stundenstreik im französischen Bergbau

Am Montag sind sämtliche Bergarbeiter Frankreichs in den Generalstreik getreten. Es handelt um den seit Wochen angeführten 24-Stunden Streik die Ertragung eines jährlichen Urlaubs. In den vorhergehenden Verhandlungen haben sich die Grubenbesitzer Prinzip bereit erklärt, diesen Urlaub zu gewähren. Als Gegenleistung verlangten sie aber, daß die Bergarbeiter sich zu einer streikenden Anzahl von Ueberstunden bereit finden, um Produktionsausfall wieder wettzumachen. Um Zwischenfällen zu vermeiden, hat die Regierung die Grubenbesitzer aufgefordert, gesamtes Personal für Montag zu beurlauben.

Der Streik ist ohne Zwischenfall verlaufen. Im Grubengebiet von Lothringen hatten die Arbeitgeber freiwillig sämtliche Gruben geschlossen. In Nordfrankreich beteiligten sich 98 Prozent der Belegschaften am Streik. Grubengebiet an der Loire betrug die Zahl der am Streik teilnehmenden 90 Prozent und im Gebiet von Puy de Dôme 75 Prozent.

Gegen die Arbeitslosigkeit in Amerika

Die Exekutive des amerikanischen Gewerkschaftsbundes gab am Vorabend der Konventionseröffnung ihr umfangreiches Programm zur Bannung der Wirtschaftskrise und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bekannt. Der Bericht ziffert die Lohnausfälle im ersten Halbjahr 1930 auf 1200 Millionen Dollar, die der nationalen Kaufkraft entzogen würden. Das Programm fordert neben anderen Punkten Bundesstaatliche Arbeitsvermittlungseisen, einen nationalen Wirtschaftsrat und die fünfjährige Arbeitswoche. Die heiß umstrittene Frage der nationalen Arbeitslosenversicherung, die im Einklang mit der ablehrenden Haltung der Exekutive steht, wird mit stillschweigender Übereinstimmung die Einbringung dementsprechender Anträge durch die Delegationen sicher.

Protest gegen die Herabstufung der Breslauer Beamten

Zur Frage der Beförderungsordnung der Stadt Breslau hat der 5. Verbandstag der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter am 4. Oktober einstimmig die folgende Entschließung angenommen:

In Breslau ist durch ein beispielloses Vorgehen der Aufstufungsbehörde die Beförderung von über 2500 städtischen Beamten und ständig Angestellten herabgesetzt worden.

Der Bezirksausschuß hat im Beschlußverfahren die ursprünglichen Beanstandungen des Regierungspräsidenten zum weitest überwiegenden Teil als angeblich berechtigt anerkannt.

Seine Beschlüsse fordern in formaler und materieller Hinsicht zur schärfsten Kritik heraus.

Was über das Zustandekommen des 270 Seiten langen Beschlusses in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist — besonders die Tatsache, daß dieser umfangreiche Beschluß in einer nur fünfständigen Sitzung angeblich gefaßt, formuliert und niedergeschrieben sein soll — muß das Vertrauen der Kommunalbeamten in dieser Art Verwaltungs-Geschäftsarbeit aufs schwerste erschüttern.

Die weitere Tatsache, daß der Breslauer Magistrat auf Distanz des Preussischen Finanzministers hin verzichten mußte, gegen diesen Beschluß das Rechtsmittel der Beschwerde beim Provinzialrat einzulegen, fördert zu schärfstem Protest gegen die Ministerialentscheidungen heraus, die mit der Anhebung, die Staatsbehörde für die schwer notleidende Stadt Breslau zu sperren, wenn der Magistrat den Reichsweg geht, ihn in keinem verfassungsmäßigen Verfahren auf weitere richterliche Verfolgung der Angelegenheit durch angelegliche, an Kolonialung stützende und unrationale Mittel heran.

Die vom Regierungspräsidenten verlangte beschleunigte Durchführung des Beschlusses des Bezirksausschlusses muß weite Kreise der städtischen Beamten, besonders in den mittleren, zum Teil schlecht bezahlten, Gruppen in schwerer Notlage bringen. Die Verantwortung dafür wird die Aufstufungsbehörde zu tragen haben.

Die städtische Beamtenkchaft in Breslau wird sich mit dem Beschluß des Bezirksausschlusses nicht beruhigen und ihr Recht vor den ordentlichen Gerichten wahren. Sie hoffen dabei eine abschließende Beurteilung ihres Rechtes als vor den Verwaltungsinstanzen zu finden.

Der 5. Verbandstag der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten spricht die Breslauer Kollegen seine Solidarität in ihrem Kampfe um das Recht aus und beschließt, ihnen jede Unterstützung dabei zu Teil werden zu lassen.

1. Oktober 1930 wieder in Kraft gesetzt worden. Eine Kündigung ist zum Vierteljahreskopplung mit einmonatlicher Frist möglich.

Lohnsturz auch beim Rundfunk

Den 222 Angestellten des Reichsdeutschen Rundfunks, vom Intendanten bis zur Putzfrau, wurde ohne besondere Erklärung gekündigt. Der Zweck der Kündigung ist die Gehälter und Löhne zu drücken. Die Angestellten haben auf Grund des Betriebsratsgesetzes gegen die Kündigung Einspruch erhoben.

Lohnabbauversuche auch in Holland

Auch in Holland wird die Wirtschaftskrise von den Unternehmern dazu benutzt, soziale Verbesserungen durchzuführen. So haben die Jechen im Paritätischen Ausschuss

Gegen die Arbeitslosigkeit in Amerika

Die Exekutive des amerikanischen Gewerkschaftsbundes gab am Vorabend der Konventionseröffnung ihr umfangreiches Programm zur Bannung der Wirtschaftskrise und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bekannt. Der Bericht ziffert die Lohnausfälle im ersten Halbjahr 1930 auf 1200 Millionen Dollar, die der nationalen Kaufkraft entzogen würden. Das Programm fordert neben anderen Punkten Bundesstaatliche Arbeitsvermittlungseisen, einen nationalen Wirtschaftsrat und die fünfjährige Arbeitswoche. Die heiß umstrittene Frage der nationalen Arbeitslosenversicherung, die im Einklang mit der ablehrenden Haltung der Exekutive steht, wird mit stillschweigender Übereinstimmung die Einbringung dementsprechender Anträge durch die Delegationen sicher.

Rohstoffmärkte und Kartelle

Produktionsdruck und Krise stärker als die Preisbindung

Nach Meldungen aus Nordamerika tragen die Besucher der großen Weltausstellung in New York den Eindruck mit sich, daß die Weltwirtschaft sich langsam erholend zeigt. Es ist eines der besten Mittel, mit denen man in Amerika gegen den Wirtschaftspessimismus ankämpft. Man wird mit Genugtuung den Willen zum Optimismus konstatieren, wird sich aber vor dem Irrtum zu hüten haben, daß die gewaltigen Ersparnisse auf den Rohstoffmärkten, die eine wichtige Ursache der internationalen Wirtschaftskrise darstellen, noch lange nicht abgebaut sind. Der Preisoptimismus hat gegenüber dem Preisdruck an den Weltrohstoffmärkten eben so wenig wie die handelsmäßigen Mittel, die vorzugsweise darauf auslaufen, eine Preisbehalterung durch Produktionsregelung durchzuführen.

Produktionsbeschränkungen, wie sie von den großen internationalen Rohstoffkartellen im letzten Jahre versucht worden sind, können unter Umständen dem Gedanken einer Preisbindung entsprechen, der ohne Zweifel geeignet ist, die Welt auf den Kopf gestellten Rohstoffmärkten zu reorganisieren. Man kann auch nicht sagen, daß der Preisdruck bei den Rohstoffen unumgänglich geworden sei. Die Preise für die Hauptgruppen liegen beispielsweise niedrig. Das der internationalen Preisdruck die Kaufkraft jedoch nicht ausgereicht hat, ist eben auf die Krise in der Verarbeitung zurückzuführen. Die Rohstoffpreise liegen noch einer beispiellosen Höhe. Die Preisbehalterung ist hoch. Die handelsmäßigen Mittel scheitern eben an der Krise, an der Zurückhaltung der Käufer, an dem schwindenden Bedarf der Verarbeitungsbetriebe. Dem gegenüber haben sich Kartelle von Rohstoffgruppen verhalten, die Kraft organisiert sind und über beträchtliche Mittel verfügen. So ist es dem Steinsol, der die großen englischen Häuser und Finanzgesellschaften erzeugt, nicht gelungen, den Preis zu halten. Nachdem man den Preis eine Zeitlang gedrückt hatte, brach das langjährige Gebilde Mitte September zusammen. Und wenn jetzt auch von manchen Seiten die Kritik vertretet wird, daß die Preisbehalterung werde bald wieder eine Scheinbehalterung werden, so hält der Preis doch abweichend diese Behauptung nur für vorübergehend. Die ungenügende Produktion überflutet den Markt eben außerordentlich. Deshalb ist für Juli und Juni zu konstatieren. Gerade bei Juni haben trotz des im Vergleich zu den letzten Jahren niedrigen Preisstandes die Weltmarktbedingungen und die Bedürfnisse des Marktes zu zeigen, zu einem großen Teil. Selbst das Kupferkartell hat keine Preise mehr abhalten können. Auf dem Papier gelang es allerdings, den Preis um 11,30 Cents pro englischer Tonne (für europäische Maße) zu halten. Das hatte zur Folge, daß der Markt immer höher wurde und schließlich ganz zusammenbrach. Als die Kartellmitglieder durch die Käufergruppen gedrückt wurden, sah sich das Internationale Kupferkartell veranlaßt, den Preis auf 10,30 Cents heranzubringen, ohne daß der Markt die Überzeugung bekommen hätte, daß das die letzte Preisbehalterung des Kupferkartells ist.

Bei der Bewegung der Rohstoffpreise muß man immer wieder im Gedächtnis behalten, daß der Preisdruck nicht nur von der Rohstoffseite her, sondern auch — und nicht minder stark — von der Produktionsseite ausgeht. Die Produktionsseite hat sich nicht nur vermindert, sondern auch eingeschränkt. Die Krise kann sich aber nur dadurch wieder, wenn die Produktion, die die Rohstoffbehalterung nicht im genügenden Maße mitgemacht haben, ausgebaut wird. Ganz deutlich ergibt sich das auf dem Gummiemarkt. Der Preis für Gummi ging in London auf 4 Dollar zurück. Man muß sich klar machen, was das bedeutet und ganz besonders das Gummi des Südens in den letzten Kriegsjahren ist noch so groß geworden als heute. Es ist klar, daß in diesem Preis eine ganz Reihe von Faktoren keinen Gummi mehr produzieren kann. Auch Kupfer hat seinen Preis um 1. a. auf die Hälfte gesenkt. Auf dem Weltmarkt sind die Preise für Kupfer um 50 Prozent gesunken. Das ist ein Zeichen für den Preisdruck, der auf dem Weltmarkt herrscht. Er ist ein Zeichen für den Preisdruck, der auf dem Weltmarkt herrscht.

brasilianische Kaffeekasse die Märkte und die Preise weiter, obwohl das gegen den klaren Sinn der letzten Anleiheverträge verstößt. Der Kaffeekasse ist es auch gelungen, den Preisdruck zu vermindern. Allerdings hat sie keine großen Geschäfte machen können und man kehrt wieder zu dem altbewährten Mittel greifen, und die Preise durch Prophezeiung von schlechten Erntesituationen zu wackeln. In Brasilien aus Erfahrung wird von der angeblich ungünstigen Witterung dieses Herbstes (in Brasilien im Jahr) erzählt, die auf drei schlechte Kaffeenernten schließen ließe. Augenblicklich wird dem Kaffeemarkt der Preisdruck durch den Preisdruck, der auf einem veränderten Markt, dem Weltmarkt, erfolgte. Dieser Markt steht unter dem Druck der Tatsache, daß die nächste kubanische Ernte wahrscheinlich sehr ausfallen wird. Jedenfalls ist die Anbaufläche dort vermindert worden. Außerdem sind die Aussichten für die europäische Zubehörenechte recht günstig geblieben. Angesichts der Erfahrungen die man mit handelsmäßigen Mitteln gemacht hat, sind die Aussichten für internationale Vereinbarungen äußerst gering.

Schließend weltweite Agrarpolitik

In der letzten Woche sind vom Reichskabinett innerhalb der Getreidewirtschaft wieder zwei Maßnahmen getroffen worden, die ohne Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage allein den Zweck verfolgen, den Weizenpreis hochzutreiben. Es ist dies die Erhöhung des Weizenzolls von 15 auf 18,50 Mark wofür automatisch auch der Weizenzoll auf 38,50 Mark angehoben wurde. Ferner ist der Veranlassungsmangel für ausländischen Weizen für die Monate Oktober, November und Dezember herabgesetzt. Diese beiden Maßnahmen sind von der Regierung Brünning-Schiele „angesichts des starken Rückgangs der Weizenpreise auf dem Weltmarkt“, wie es in diesem offiziellen Kommuniqué heißt, getroffen worden.

Dadurch wird aber erreicht, daß der Unterschied zwischen Weltmarktpreisen und Inlandpreisen noch zunimmt und die Lebenshaltungskosten dadurch erhöht werden. Wie durch den hohen Weizenpreis (er beträgt jetzt mehr als das Dreifache des Zolljahres vor dem Kriege), der Getreidepreis verteuert wird, erhöht man aus einer gegenüberliegenden Weltmarktpreise und der Inlandpreise für Weizen. In Rotterdam wird jetzt Weizen für Oktoberlieferung mit 112 Mark zollfrei notiert, während in Berlin die Oktoberlieferung mit 24 Mark bezahlt wird. Der deutsche Weizenpreis liegt also 115 Prozent über dem Weltmarktpreis, d. h. die Preise für Weizen in Deutschland sind mehr als doppelt so hoch als auf dem Weltmarkt. Außerdem soll die Zollhöhe durch die Verschärfung der Veranlassungsmangel verminderte Einfuhr an Weizen und das verminderte Veranlassung der Zollentnahmen ausgleichend schon jetzt beträgt die Belastung der Konsumenten durch den Weizenzoll 120 Millionen Mark.

Auch die Erhöhung des Veranlassungsmangels für Weizen auf 80 Prozent muß sich für die Verbraucher unendlich auswirken. Da zur Herstellung eines guten backfähigen Weizens Veranlassung haben kann, ist der Anteil des ausländischen Weizens an dem Gesamtverbrauch bisher rund 40 Prozent. Würden aber die Weizen des Reichs zum mindesten zum Teil aus dem Ausland herkommen, so ist hiermit eine Verschärfung des Reichs und damit des Preises verbunden. In der Unterstufe der Landwirtschaft liegt es nicht, wenn durch eine solche Veranlassung deutschen Weizens die Weltmarktpreise sinkt und dadurch der Weltmarkt eingeschränkt wird. Man sollte gut daran tun, sich zu überlegen, für den November die Veranlassungsmenge wieder auf die letzte zulässige Höhe von 60 Prozent herabzusetzen.

Angesichts der durch die höhere Kreis zurückgekehrten Arbeitslosigkeit und der drohenden Gefahr der Verschärfung der Krise ist es notwendig, die Preise im Interesse der Allgemeinheit anzuhängen. Durch Maßnahmen, welche den Unterschied zwischen Weltmarktpreisen und Inlandpreisen immer größer werden lassen, kann die jetzt herrschende Krise niemals abgeklärt werden.

Bürokratie übertreten des Nachtbarverbots

Der Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, Sektion der Arbeiter, beantragt die Aufhebung des Nachtbarverbots sowie des Verbots der Sonntagarbeit zu übermitteln.

Zur Sicherung des Verbots des Nachtbarverbots besteht auch eine Vereinbarung, daß vor 7 Uhr ein Verkauf von Süßwaren nicht stattfinden darf.

Ein Verbandskontrolle hat in wenigen Tagen in Breslau folgende Nahrungsmittel festgestellt, die bereits vor 7 Uhr Süßwaren ausstragen:

- Büro Gohlz, Königstraße 36
- Wachwald, Linsengarten 190
- Kilinski, Bismarckstraße 72a
- F. Sox, Linsengarten 195
- Arthur Jüngler, Schützenplatz 4
- H. Reugebauer, Bismarckstraße 72b
- Alfred Klose, Bismarckstraße 72
- Paul Krieger, Bismarckstraße 190

Der Verband mühte hiermit die Polizeibehörde den Beweis geliefert haben, daß es sehr wohl möglich ist, Geschäfte zu betreiben und erlaubt, daß in Zukunft in diesen Sinne verfahren wird.

Entspannung im Berliner Metallmarkt

In Berliner Metallmarkt ist eine Entspannung zu verzeichnen. Die Beziehungen der Industriellen gehen dahin, den bestehenden Tarifvertrag zu verlängern. Verhandlungsbestrebungen bestehen jedoch darüber, auf wie lange der geltende Tarif verlängert werden soll. Die entsprechende Entscheidung dürfte aber demnächst nach Vereinbarung fallen.

Schmelzwerkleistungen im Berliner Industriegebiet

In Berliner Industriegebiet (Schmelz- und Schmiedewerke) haben sich wieder von Lohnbestimmungen der Dinge in dem Gebiet, daß mit einem Streik zu rechnen ist. Die in Zusammenhang stehenden Faktoren werden am Mittwoch zu der Tagung der beteiligten Arbeitgeber zusammengeführt.

Schiedsgericht im mitteldeutschen Brauereibergbau

Zum Schiedsgericht im mitteldeutschen Brauereibergbau hat am 21. September 1930, das der Brauereibergbau-Gewerkschaften zum 1. September gefaßt worden ist, in dem Schiedsgericht des von dem Reichsarbeitsminister ernannten Schiedsrichters mit großer Mehrheit entschieden.